RUNDBRIEF 2/2006

Forum Umwelt & Entwicklung

Visionen und Alpträume

Energiepolitik im Widerstreit

VISIONEN UND ALPTRÄUME

ENERGIEPOLITIK IM WIDERSTREIT

Impressum:
Herausgeber:
Projektstelle Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-923 993 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmöller
Serviceteil: Bettina Oehmen
Layout: Stefan Schober (www.diesigns.com)

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im September 2006.

INHALT

Editorial - *Jürgen Maier* 2

Schwerpunktthema: Klima und Energie

- Energiepolitische Metamorphosen in der UNO – *Jürgen Maier* 3
- Initiativen für erneuerbare Energien auf dem Vormarsch - Bioenergie Schwerpunkt beim 'Partnerschaftsmarkt' der CSD14 – *Gerald Knauf* 4
- Mythos Atomkraft - Lobbystrategie der Atomindustrie muss gekontert werden – *Marc Berthold* 6
- Zurück in die Zukunft - G8 forcieren Ausbau von Atomkraft und fossilen Brennstoffen – *Mona Bricke* 7
- Energiesicherheit unter russischer G8-Präsidentschaft - Sichtweise und Forderungen von NGOs – *Alexey Kokorin* 8
- Eine „saubere" Lösung? – Atomkraft und fossile Energieträger zukünftige Optionen für die Weltbank – *Knud Vöcking* 10
- „Heizen mit Weizen" - Entwicklungspolitische Vor- und Nachteile des Anbaus von Biomasse für Energiezwecke – *Bernhard Walter* 11
- Alternative Kraftstoffe auf dem Vormarsch - Biogas muss das Rennen machen – *Julia Biel* 13
- Das rühmliche Schlusslicht - Vision für ein autoärmeres Deutschland – *Manfred Treber* 15
- Post-2012 Klimaverhandlungen haben begonnen - Zögerliches 'Mikadospiel' muss beendet werden – *Kathrin Gutmann* 17

Aktuell:

- Acht große Puppen kämpfen für gerechten Welthandel - Aktionsjahr von Gerechtigkeit jetzt! eröffnet – *Andrea Nowotny* 18

Themen und AGs:

- Deutschland muss Konvention über Biologische Vielfalt retten - Schutz von Wäldern und Meeren dringende Chefsache – *Martin Kaiser* 19
- Kaum der Rede wert - Die Ergebnisse der ABS-Verhandlungen bei der CBD-Vertragsstaatenkonferenz in Curitiba – *Michael Frein/Hartmut Meyer* 20
- Kennzeichnung von Gentechnik im internationalen Handel - Der Sieg von Curitiba, der keiner ist – *Rudolf Buntzel* 22
- Grüne Beute - Biopiraterie und Widerstand – *Franziska Wolff* 23
- 'Klagen ist des Kaufmanns Gruß' - Gelingt doch noch ein Abschluss der laufenden Handelsrunde der WTO? – *Jürgen Knirsch* 24
- Wohnungen und Immobilien im Visier globaler Finanzinvestoren - Mit REITs in die Mietervertreibung – *Knut Unger* 26

Veranstaltungen / Publikationen 28

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Der diesjährige G8-Gipfel im russischen St.Petersburg steht ganz im Zeichen der Energiepolitik. Wie kein anderes Politikfeld steht Energiepolitik heute für die grundlegende Nicht-Nachhaltigkeit der heutigen Wirtschaftsweise des Menschen. 1975 wurden die früheren »Weltwirtschaftsgipfel« als Reaktion auf die Ölkrise 1973 initiiert, doch diese Ölkrise war eine politische Krise. Schon 1975 war im G7-Abschlusskommuniqué der Beschluss enthalten, man wolle zusammenarbeiten, um die Abhängigkeit von importierten Energieträgern durch Energiesparen und die Entwicklung alternativer Energiequellen zu reduzieren. Ähnliche Beschlüsse wurden danach immer wieder gefasst.

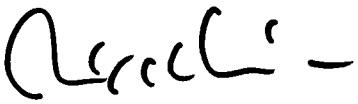
Heute ist das ganze fossile Energiesystem, das die menschliche Entwicklung seit der industriellen Revolution angetrieben hat, in eine ökonomisch-ökologische Krise geraten: für ölimportierende Entwicklungsländer werden die fossilen Brennstoffe zunehmend unbezahlbar, und der Klimawandel wird von der fernen Möglichkeit zur heute erlebten Realität.

Während dies gerade in Entwicklungsländern bei vielen Entscheidungsträgern dazu führt, bisherige Energiestrategien zu überdenken, ist jedoch auch klar, dass es ebenfalls Gewinner dieser Entwicklung gibt. Zum Beispiel Ölexporteure.

Dieser Gegensatz zieht sich auch durch die beiden grossen energiepolitischen Ereignisse der internationalen Politik in diesem Jahr. Die UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung verdeutlichte dies im April – dass wir globale eine neue Energiepolitik brauchen, stellte nur noch eine kleine Minderheit in Frage, auch wenn die Motivationslage natürlich sehr unterschiedlich ist.

In dem Maße, in dem alternative und erneuerbare Energien ihr Nischendasein verlassen, stellen sich aber auch neue Fragen. Wie nachhaltig sind erneuerbare Energien, beispielsweise Biomasse? Die Diskussion darüber hat begonnen – auch in diesem Heft. Die Auswirkungen auf Biodiversität, Landwirtschaft, Wälder und Weltmärkte sind profund und werden uns noch sehr intensiv beschäftigen. Das NRO-Forum Umwelt & Entwicklung wird hier am Ball bleiben, um eine aktuelle Formulierung zu benutzen…

Eine interessante Lektüre wünscht



Jürgen Maier

Energiepolitische Metamorphosen in der UNO

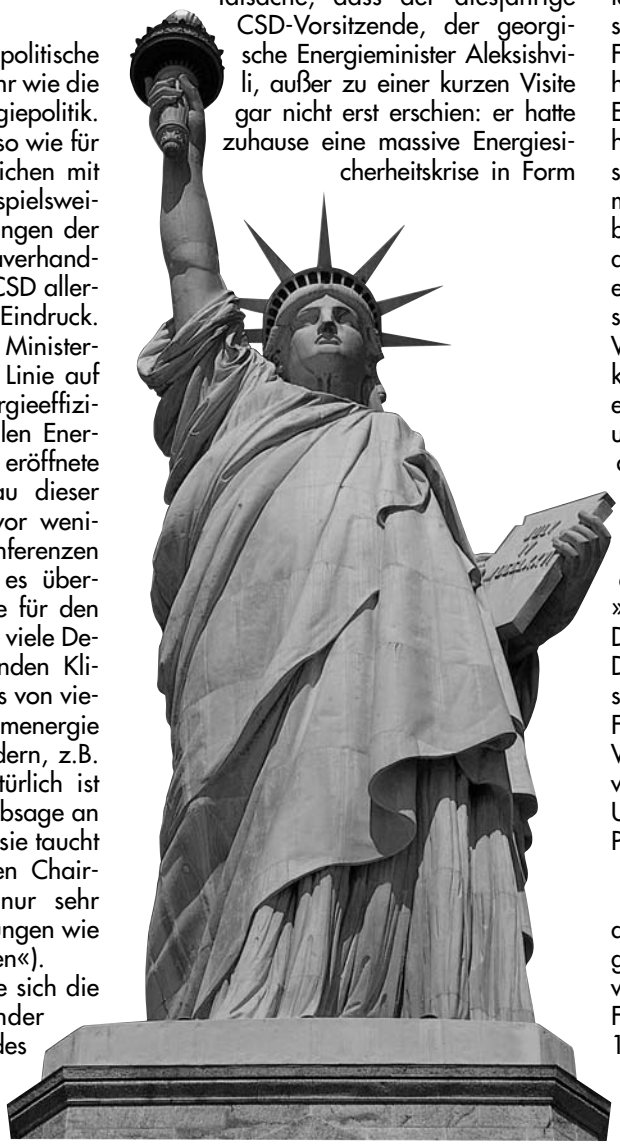
UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung tagt in New York

Vom 2.-12. Mai tagte zum 14. Mal die UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD), deren Hauptaufgabe die Umsetzungskontrolle der Agenda 21 und der Beschlüsse des Johannesburger Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung aus dem Jahr 2002 ist. Zum zweiten Mal begann sie einen Zweijahreszyklus, bei dem die Schwerpunktthemen im ersten Jahr gründlich analysiert und im zweiten Jahr daraus Politikempfehlungen gezogen werden sollen. Auf der Tagesordnung steht diesmal zentral Energie, ferner Luftverschmutzung, Klimawandel und industrielle Entwicklung.

Kaum eine Frage polarisiert politische Auseinandersetzungen so sehr wie die Debatte um die künftige Energiepolitik. Das gilt für die nationale genauso wie für die internationale Politik. Verglichen mit den harten Polarisierungen beispielsweise der letzten Energieverhandlungen der CSD 2001 oder aus den Klimaverhandlungen machte die diesjährige CSD allerdings einen deutlich besseren Eindruck. Die weit überwiegende Zahl der Ministerreden bezog sich in allererster Linie auf erneuerbare Energien, auf Energieeffizienz und Alternativen zum fossilen Energiesystem. Bereits Kofi Annan eröffnete das Ministersegment mit genau dieser Stoßrichtung. Während noch vor wenigen Jahren bei derartigen Konferenzen darüber spekuliert wurde, ob es überhaupt wissenschaftliche Beweise für den Klimawandel gebe, beschrieben viele Delegierte nunmehr den beginnenden Klimawandel in ihren Ländern. Das von vielen befürchtete Revival der Atomenergie wurde außer von wenigen Ländern, z.B. dem Iran, nicht gefordert. Natürlich ist auf der CSD auch keine klare Absage an die Atomenergie möglich, aber sie taucht doch in den Reden und in den Chairman's Summary-Dokumenten nur sehr verschämt auf (mit Sprachregelungen wie »alle Energieoptionen offenhalten«).

Zerstritten wie nie präsentierte sich die Gruppe der Entwicklungsländer (G77), in der alle Extreme des heutigen energiepolitischen Spektrums vertreten sind, von Saudi-Arabien bis zu den über ihren beginnenden Untergang klagenden kleinen pazifischen Inselstaaten. Unter südafrikanischem G77-Vorsitz beschränkte sich die offizielle G77-Position anfangs auf die etwas hilflose Forderung, den Energieschwerpunkt etwas tiefer zu hängen, um nicht so sehr mit der Abstimmung gemeinsamer G77-Positionen gefordert zu werden. Aber diesen Ratschlag beherzigten die allermeisten G77-Minister noch nicht mal in ihren eigenen Reden: zu sehr brennt gerade der weitaus größten Zahl von Entwicklungsländern, nämlich den Öl-Importeuren, das Energieproblem unter den Nägeln.

Symptomatisch für die Krise eines auf importierten fossilen Energieträgern aufgebauten Entwicklungsmodells war die Tatsache, dass der diesjährige CSD-Vorsitzende, der georgische Energieminister Aleksishvili, außer zu einer kurzen Visite gar nicht erst erschien: er hatte zuhause eine massive Energiesicherheitskrise in Form einer Auseinandersetzung mit Gazprom zu lösen. Deutlicher konnte man kaum noch unterstreichen, dass »weiter so« wirklich keine Option ist...



Massive Präsenz der Energiegroßkonzerne

Die zur Schau gestellte große Einigkeit in Sachen Ausbau der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz darf jedoch nicht den Eindruck erwecken, dass der knallharte Richtungskampf über die Zukunft des globalen Energiesektors sich nun in Harmonie aufgelöst habe. Mitnichten. Mit einer nie gekannten massiven Präsenz drängten sich die konventionellen Energiegroßkonzerne von Exxon bis Qatar Gas Industries ins Bild. Der Vertreter der französischen CGT-Gewerkschaft sang brav das Lied der Electricité de France, einer der rückständigsten und am höchsten verschuldeten Stromkonzerne Europas. Aus den früheren »Multistakeholder-Dialogen« der CSD entwickelte sich klammheimlich ein High-Level-Segment von Ministern und Konzernchefs, bei dem Kritik oder Gegenrede etwa von anderen so genannten »Stakeholdern« erklärtermaßen unerwünscht war. Abgesehen von einem Vertreter des dänischen Windkraft-Weltmarktführers Vestas war kein einziger Vertreter eines zukunftsorientierten Energieunternehmens zu sehen, und dieser beendete seine Präsenz nach der ersten Woche frustriert mit der Begründung, er habe hier gegen die massive Präsenz der fest in fossiler Hand befindlichen Internationalen Handelskammer und des so genannten »World Business Council for Sustainable Development« sowieso nichts zu melden. Den Ton bei der CSD gaben die Wirtschaftsakteure an, die bisher bei jeder Form von Energiewende nur massiven Widerstand geleistet haben. Ursprünglich war das mit der größeren Offenheit der UNO für nichtstaatliche Akteure im Rio-Prozess mal etwas anders gemeint...

Es kann daher auch nicht verwundern, dass die von den konventionellen Energiebossen favorisierten Lösungen keineswegs auf die für die UNO so zentrale Frage eingingen, wie man denn den über 1 Milliarde Menschen Zugang zu modernen Energiedienstleistungen verschaffen könne, die diese bisher nicht haben. Ihre Zauberworte heißen »clean coal«

und Kohlenstoff-Sequestrierung. Mit anderen Worten: die alten zentralistischen Großkraftwerksstrukturen, mit denen weder das ländliche Afrika jemals elektrifiziert werden wird noch moderne dezentrale Energietechnologien transferiert werden können. Unter der für nächstes Jahr anstehenden CSD-Präsidentschaft des Erdgas-Großproduzenten Qatar dürften sicherlich auch keine anderen Prioritäten gesetzt werden. Umso größer sind die Herausforderungen für die deutsche EU-Präsidentschaft im nächsten Jahr, an die ausgezeichneten Alternativkonzepte anzuknüpfen, die im Rahmen der Renewables2004 und ihres Folgeprozesses initiiert wurden.

Neue Akzente setzen

Besser aufgestellt als sonst bei CSD-Tagungen üblich waren die NGOs. Das im Vorfeld der Renewables 2004 vom Forum Umwelt & Entwicklung initiierte NGO-Netzwerk CURES (www.cures-network.org) war mit einer Reihe kompetenter Aktivisten aus aller Welt präsent, organisierte mehrere größere und kleinere Side Events und stellte inhaltliche Positionen vor. Auch daran gilt es im nächsten Jahr anzuknüpfen, wenn es nicht mehr um den »review«, sondern um »policy recommendations« geht. Für die oft totgesagte und als irrelevant abgetane CSD könnte es eine Chance sein, jenseits der politischen Schützengräben der Klimaverhandlungen ein paar Akzente zu setzen, mit denen sie die völlig fragmentierte internationale Energiepolitik beeinflussen könnte. Organisationen und Verhandlungsforen, in denen die fossil-atomare Energiepolitik des vergangenen Jahrhunderts politisch zu überleben versucht, gibt es genug, von der G8 über die internationale Energieagentur bis zur Internationalen Atomenergieorganisation. Die diesjährige CSD deutet jedenfalls darauf hin, dass viele Entwicklungsländer sowie eine Reihe von EU-Ländern zu neuen Akzenten eher bereit sind.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

Initiativen für erneuerbare Energien auf dem Vormarsch

Bioenergie Schwerpunkt beim ‚Partnerschaftsmarkt' der CSD14

Wie erwartet haben bei der 14. Sitzung der „Comission for Sustainable Development" (CSD) vom 1. bis zum 12. Mai 2006 mehrere Plattformen und Initiativen den großen „Rückblick" genutzt, um sich und ihre Programme zu präsentieren (siehe auch Artikel Rundbrief 1/06). Besonders auffällig waren die diversen Auftritte rund um das Thema Bioenergie.

Gleich drei internationale Initiativen lancierten ihre globalen Plattformen, allen voran die FAO[1]. Die Struktur der so genannten „International Bio-Energy Platform" (IBEP) wurde bereits während der Renewables 2004 das erste Mal der Öffentlichkeit präsentiert und soll nun ihre Arbeit aufnehmen. Sie hat den Anspruch, die Themen Landwirtschaft, Energie und Umwelt in einem multidisziplinären und globalen Ansatz zusammenzubringen und zu organisieren. Dabei soll in erster Linie Fachwissen für Entscheidungsträger, aber auch für Unternehmen generiert werden. Außerdem, und das könnte in Zukunft entscheidend werden, will die FAO mit ihrer Plattform internationalen Austausch und Zusammenarbeit zum Thema Bioenergie koordinieren.

FAO will Entwicklungsländer einbinden

Dabei will die FAO, ihrer Rolle entsprechend, besonders auch Entwicklungsländer in die derzeitigen Diskussionen um den Ausbau von Bioenergie einbinden und Potenziale wie auch Chancen herausstellen. Besonders vorteilhaft sind dabei die vielen Erfahrungen, die die FAO im Bereich Land- und Forstwirtschaft bereits hat. Diese Kenntnisse werden das Hauptkapital der Initiative sein, denn bisher verfügt sie weder über zusätzliche Mittel noch über eine inhaltliche Ausrichtung, um einer globalen Initiative politisches Gewicht verleihen zu können. Es wird also entscheidend sein, wie die FAO Bioenergie als Thema intern aufwerten wird, damit sie eine führende Rolle bei der internationalen Diskussion übernehmen kann. Ein weiterer Aspekt, der über den Erfolg entscheiden wird, ist ihre Fähigkeit Allianzen mit anderen „global players" zu schmieden.

Die FAO ist eine UN-Organisation unter vielen. Mittlerweile haben sich 20 UN-Institutionen, die in irgendeiner Form mit Energie zu tun haben unter dem neu gegründeten Dach von UN-Energy zusammengefunden. Einige dieser Institutionen, wie z.B. UNCTAD[2], UNEP[3], UNDP[4] und UNIDO[5] haben ein berechtigtes und teilweise bereits angemeldetes Interesse am Thema Bioenergie. Wer die „Vereinten" Nationen kennt, weiß, dass es zwischen den einzelnen Institutionen Animositäten und in gewisser Form auch Rivalitäten gibt. Es stellt sich also die Frage, ob die FAO die Autorität entwickeln wird, um die verschiedenen UN-Institutionen mit einbinden zu können, oder ob der Versuch unternommen wird, solche Aktivitäten an UN-Energy zu delegieren.

UN-Energy um Vereinte Nationen zu vereinen

UN-Energy präsentierte sich ebenfalls während der CSD14. Obwohl die Initiative bisher weder einen institutionellen Rahmen noch finanzielle oder personelle Ressourcen anzubieten hat, macht sie unmissverständlich klar, dass sie ab sofort in die Offensive gehen will und sich als neue Energieplattform der Vereinten Nationen präsentieren will. Dabei stützt sie ihre Hoffnung auf die üppige finanzielle Ausstattung von UNDP und schließlich die Internationale Atom Energie Behörde (IAEA). Bisher ist die Bedeutung dieser Initiative generell eher gering und auch der politische Wille scheint nicht sonderlich groß zu sein, dieses neue Dach zu stärken. Bislang scheinen eher konventionelle Energieträger im Mittelpunkt des Interesses zu liegen. Es stellt sich die Frage, ob

je nach politischem Willen ein neuer Protagonist für eine fossile und nukleare Lobby entstehen kann. Ob UN-Energy bei Bioenergie eine Rolle spielen wird, ist maßgeblich von der Aufwertung der Initiative abhängig.

„UNCTAD Biofuels Initiative" analysiert den Markt

UNCTAD hat, wie bereits angedeutet, ebenfalls eine Initiative zu Bioenergie auf den Weg gebracht, die „UNCTAD Biofuels Initiative". Als eines der zentralen Anliegen will sie ihre Mitglieder mit wirtschaftlichen und handelspolitischen Analysen versorgen. Thematisch will sie besonders Entwicklungsländer in den Fokus rücken und dabei Möglichkeiten und Auswirkungen der Bioenergie auf nationale Energiepolitik, Ernährungssicherheit und ländliche Entwicklung analysieren. Es geht also hauptsächlich um Märkte, Handel und Finanzierungsaspekte. Synergien mit der FAO Initiative sind möglich und Überschneidungen abzusehen. Von beiden Akteuren wird immer wieder die zukünftige Zusammenarbeit unterstrichen. Bleibt zu hoffen, dass sie trotz ihrer Überschneidungen zu einer guten Zusammenarbeit bereit sind.

Parallelinitiative Italiens

Und noch eine weitere Initiative wurde während der CSD14 offiziell lanciert: Corrado Clini, Abteilungsleiter im italienischen Umweltministerium stellte die „Global Bio-Energy Initiative" (GBEP) vor. Die Ähnlichkeit mit IBEP ist verblüffend und findet sich nicht nur im Namen bestätigt. Auch das Programm weist deutliche Gemeinsamkeiten auf. Letztendlich wollen beide Initiativen die globale/internationale Bioenergie-Entwicklung zusammenführen. Woher die Motivation von Umweltminister Clini rührt, erschließt sich nicht von selbst. Sein Vorschlag kommt deutlich später als der von der FAO und es stellt sich die Frage, welche Rolle die G8, oder besser gesagt Italien, auf der internationalen Bühne spielen will. Hinzu kommt, dass die G8-Initiative auch bei der FAO angesiedelt werden soll. Bleibt mit Spannung abzuwarten, ob die italienische Regierung auch nach dem Regierungswechsel an der Weiterentwicklung arbeiten wird, oder ob, wie schon bei anderen Aktivitäten der G8-Staaten, der Atem eher kurz sein wird. Vielleicht soll die italienische Initiative aber auch nur die finanzielle Tür für die FAO-Initiative zu den G8-Staaten öffnen, was wahrlich eine begrüßenswerte Strategie wäre.

Bei der Präsentation der Initiative während der CSD14 hat es sich Corrado Clini dann doch nicht nehmen lassen, seine Initiative als das Dach aller internationalen Bioenergie-Initiativen zu präsentieren und lud alle ein, sich darunter zu vereinigen. Pikanter Weise erfolgte diese Einladung während der Präsentation der FAO Initiative.

Positives Fazit für REN21

REN21[6] dagegen lässt sich bisher nicht von der „Bioenergie-Euphorie" anstecken und bleibt weiterhin dem ganzen Spektrum der erneuerbaren Energien verpflichtet. Das Netzwerk hat bereits einige interessante Dokumente, wie z.B. den globalen Statusreport für erneuerbare Energien sowie „Klimawandel und erneuerbaren Energien", herausgebracht. Außerdem haben sie bei CSD14 einen ersten Zwischenbericht des internationalen Aktionsplans der Renewables 2004 präsentiert. Aus den bisher eingegangenen Daten einer Umfrage bei den Akteuren des Aktionsplans konnte ein positives Fazit gezogen werden. Der größte Teil der Antworten zeigt einen klaren Trend auf: Die Verpflichtungen werden umgesetzt und die Entwicklungen bei erneuerbaren Energien sind weiter ungebrochen. Eine Renewables2008 ist bereits im Gespräch und eine Annäherung mit REEEP[7], einer weiteren erfolgreichen und wichtigen Initiative nimmt konkrete Formen an.

Informationsportal REEGLE

Bereits im November 2005 gegründet und während der CSD14 präsentiert wurde REEGLE[8], ein gemeinsames Informationsportal im Internet[9] zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Der Schwerpunkt liegt bei Energiepolitik, Finanzierung und gesetzlichen Regulierungen und soll vor allem vorhandenes Wissen leichter zugänglich machen und die verschiedenen Initiativen besser vernetzen.

Klare Zielsetzungen und verbindliche Verpflichtungen für die Zukunft?

Nachdem nun immer mehr Initiativen[10] im Bereich erneuerbare Energien die Umsetzungsphase angekündigt haben, bzw. erste Erfolge aufweisen können, ist es jetzt entscheidend, wie stark der Wille der Staatengemeinschaft ist, diese teilweise viel versprechenden Initiativen zu unterstützen und aufzuwerten. Trotz aller Euphorie darf nicht vergessen werden, dass es sich bei allen um freiwillige Aktivitäten handelt, die nur solange funktionieren, wie der Nutzen für die jeweiligen Protagonisten ersichtlich ist. Besonders bei den Aktivitäten rund um die Bioenergie wird das besonders deutlich. Wenn der derzeitige globale Boom von Bioenergie anhält, wird sich die Frage nach deren nachhaltiger Nutzung verstärkt stellen. Begrenzungen werden nötig, Rahmen müssen abgesteckt werden, die die positiven Aspekte der Bioenergie sichern und negative Auswirkungen verhindern können. In dem Moment wird sich zeigen, welche der Initiativen sich dem Thema stellen wird, auch wenn die Initiative für die Bioenergienutzung eine einschränkende Wirkung zur Folge haben könnte.

Letztendlich wird kein Weg daran vorbei führen, für die nächste CSD anzuerkennen, den positive Trend bei den Initiativen als Indikator dafür zu werten, wie wichtig erneuerbare Energien geworden sind. Sie müssen eine zentrale Rolle auch bei dem Aktionsplan für die CSD15 einnehmen. Nur mit klaren Zielsetzungen und verbindlichen Verpflichtungen der Völkergemeinschaft können die Herausforderungen der nächsten Jahre im Energiebereich bewältigt werden.

Gerald Knauf

Der Autor ist Energiereferent beim Forum Umwelt und Entwicklung.

[1] Food and Agricultural Organisation of the United Nations
[2] United Nations Conference on Trade and Development
[3] United Nations Environmental Programme
[4] United Nations Development Programme
[5] United Nations Industrial Development Organisation
[6] http://www.ren21.net/" Renewable Energy Policy Network for the 21st Century
[7] Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership
[8] Information Gateway for Renewable Energy and Energy Efficiency
[9] www.reegle.info
[10] Es ist nicht möglich, alle existenten Initiativen aufzuführen. Es werden nur die wichtigsten genannt, die auch während der CSD14 eine prominente Rolle im Bereich erneuerbare Energien gespielt haben. Zusätzliche Informationen über den „Partnerschaftsmarkt" während CSD14 gibt es auf der Internetseite: http://www.un.org/esa/sustdev/csd/csd14/PF/partnerships_fair.htm" http://www.un.org/esa/sustdev/csd/csd14/PF/partnerships_fair.htm

Mythos Atomkraft

Lobbystrategie der Atomindustrie muss gekontert werden

Atomenergie ist weder ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung noch zur Bekämpfung des globalen Klimawandels. Zu diesem Schluss kamen ExpertInnen während einer Diskussionsveranstaltung am 11. Mai 2006 anlässlich der 14. Sitzung der Kommission für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen in New York.

Auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung und in Zusammenarbeit mit dem internationalen NRO-Netzwerk „Citizens United for Renewable Energy and Sustainability - CURES" nahmen Felix Matthes (Koordinator der Klima- und Energie-Arbeit des Öko-Instituts), Annie Sugrue (Leiterin von EcoCity, Südafrika), Li Jungfeng (Vorsitzender des akademischen Komitees des chinesischen Energieforschungsinstitut), Roque Pedace (Energie- und Klimaexperte von Friends of the Earth Argentinien) und Felicity Hill (Atomenergie-Expertin von Greenpeace International) Stellung zur zunehmenden Debatte um eine Renaissance der Atomenergie und widersprachen den Argumenten der Atomwirtschaft, die Kernenergie sei sauber, sicher und wirtschaftlich. Moderiert wurde die Diskussion von Sascha Müller-Kraenner, Leiter des Europa- und Nordamerikareferats der Heinrich- Böll-Stiftung, Berlin.

Risiken und Widersprüche der Atomkraft

Grundlage der Diskussion war das von der Heinrich-Böll Stiftung, Wise und Greenpeace anlässlich des 20. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe herausgegebene Buch „Mythos Atomenergie. Ein Wegweiser"[1]. Diese Zusammenstellung von umfassenden Thesenpapieren zu Risiken und Widersprüchen der Atomkraft legt dar, dass Kernreaktoren jeglicher Bauart ein dauerhaftes Gefahrenpotential für Unfälle wie Tschernobyl haben, dass sie potentielle Ziele für Terror- und Kriegsangriffe sein können, dass die zivile Nutzung und die Herstellung von atomwaffenfähigem Material nicht voneinander trennbar sind, und dass bis dato keine endgültige Antwort auf die Atommüllfrage gefunden wurde.

Felix Matthes widersprach der These, Atomkraft sei eine viel versprechende Energieform zur Bekämpfung des Klimawandels. Alleine um die Ziele des Kioto-Protokolls in Deutschland durch Atomstrom zu erreichen, müssten bei steigendem Energiebedarf jährlich zwei bis drei Kernkraftwerke ans Netz gehen. Dies sei aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität nicht machbar und ohne staatliche Beihilfen nicht zu leisten, so Matthes. Energieunternehmen spekulierten auf Investitionssubventionen, zu der keine westliche Industrienation in der Lage sei. In Zeiten hoher Energiepreise und dem Bestreben, die Energieversorgung von volatilen Staaten und instabilen Regionen zu entkoppeln, sei es zudem unsinnig, eine Industrie wieder zu beleben, die von knappen, importierten Uranressourcen abhängig sei.

Keine Option für Entwicklungs- und Schwellenländer

Die Südafrikanerin Annie Sugrue und der Argentinier Roque Pedace betonten zudem, dass eine solche Technologie insbesondere für Entwicklungs- und Schwellenländer keine realistische Option sei. Nicht nur seien die Kosten für arme Länder zu hoch, vielmehr sei Atomenergie von Stromnetzen abhängig, die vor allem in Afrika häufig nicht existierten. Viele Länder Afrikas, und auch viele Regionen Südafrikas, würden auch langfristig nicht vollständig vernetzt sein. Anstelle von Atomenergie brauche es lokale, dezentralisierte Systeme aus erneuerbaren Energienquellen, sagte Annie Sugrue. Es sei eine fundamentale Fehlentscheidung von Regierungen in Entwicklungsländern und internationalen Organisationen, die ohnehin begrenzten Mittel zur Entwicklungsfinanzierung in Atomenergie zu investieren, die eine nachhaltige Entwicklung vor allem von ländlichen Regionen unmöglich mache, erklärte Roque Pedace.

Zu einem ähnlichen Schluss kam auch Li Jungfeng. Selbst in China, welches einen Teil seines expandierenden Energiebedarfs durch Nuklearenergie decken will, seien Regionen im Westen des Landes nicht vernetzt und ohne erneuerbare Energien nicht zu versorgen. Zudem würden Atomkraftwerke nur wenige, hoch spezialisierte Arbeitsplätze schaffen. China wolle jedoch die Elektrifizierung des Landes auch zur wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Entwicklung nutzen. In ihrem abschließenden Beitrag erinnerte Felicity Hill an die Gefahren der Atomenergie. Aufbauend auf einer im Zusammenhang mit dem 20. Tschernobyl-Jahrestags veröffentlichen Greenpeace-Studie verwies sie auf mögliche Unfallgefahren und die gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen für weite Teile umliegender Regionen hin.

Gute Vorbereitung nötig

Die TeilnehmerInnen der Diskussionsveranstaltung waren sich einig, dass Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sich gut auf die kommende Sitzung der VN-Kommission für nachhaltige Entwicklung im Frühjahr 2007 vorbereiten müssten. Dann stünden politische Entscheidungen zur Umsetzung des Johannesburger-Aktionsplans in den Bereichen Energie, Luftverschmutzung und Klima an, die wegweisend und folgenschwer sein könnten. Die Atomindustrie werde ihre eigene Lobbystrategie entwickeln, die es zu kontern gelte.

Marc Berthold

Der Autor arbeitet für die Heinrich-Böll-Stiftung, Büro Washington DC.

[1] *„Mythos Atomkraft. Ein Wegweiser" ist erhältlich unter www.boell.de.*

Zurück in die Zukunft

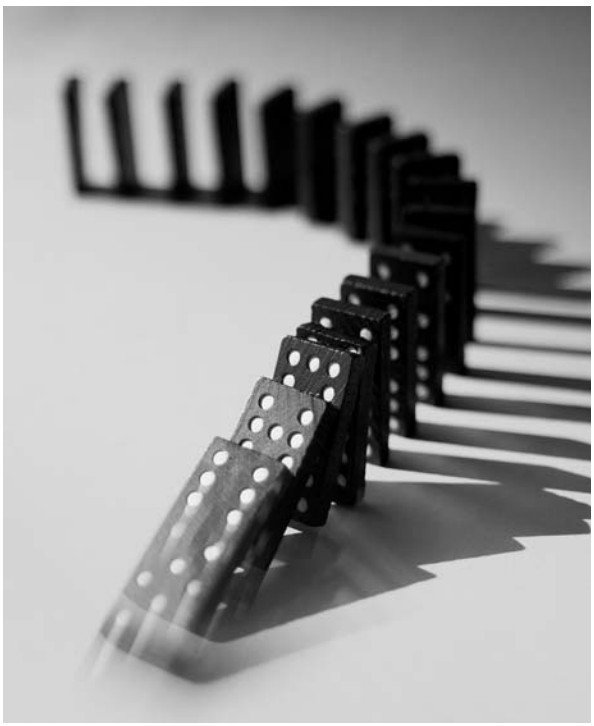
G8 forcieren Ausbau von Atomkraft und fossilen Brennstoffen

Zwischen dem 15. und 17. Juli findet der diesjährige G8-Gipfel im russischen Sankt Petersburg statt. Als wichtigstes Schwerpunktthema hat Präsident Putin das Erarbeiten von Konzepten zu Energiesicherheit und Energieeffizienz ausgerufen. Zwar bekennen sich die G8 zu erneuerbaren Energien, gleichzeitig forcieren sie aber den Ausbau von Atomkraft und fossilen Brennstoffen.

Wie die Konzepte zu Energiesicherheit und Energieeffizienz aussehen sollen ist im Entwurf zur Energiesicherheit für die Gipfelgespräche nachzulesen: Neben Lippenbekenntnissen zu erneuerbaren Energien und der Betonung der Notwendigkeit zur weltweiten Steigerung der Energieeffizienzmaßnahmen, steht ein klares Bekenntnis zur Atomenergie als „sauberer Energiequelle" und eine Reorientierung auf fossile Energien wie Erdöl und Erdgas. Dies mutet um so befremdlicher an, als neben dem offensichtlichen Problem der Endlichkeit weltweiter Ölreserven, dieser Fokus die Bemühungen früherer Jahre, wie z. B. den „Plan of Action on Renewable Energies", der letztes Jahr beim Gipfeltreffen im schottischen Gleneagles beschlossen wurde, als Farce erscheinen lässt. Fast hilflos erschien denn auch die Reaktion der G8-Delegationsleiter, der sogenannten „Sherpas", die sich Mitte Mai in Moskau zum zweiten Mal in diesem Jahr den Fragen von NGO-Vertretern stellten.

Finanzielle Anreize fehlen bisher

Auf die Frage, woher die 17 Billionen Dollar denn kommen sollen, die laut des Textentwurfs der russischen G8-Präsidentschaft zu Energiesicherheit in den nächsten 25 Jahren in fossile Brennstoffe und Atomkraft investiert werden sollen, gab es von keinem der neun Sherpas eine Antwort. Alle neun beeilten sich jedoch, ein klares Ja zu erneuerbaren Energien in die Runde zu werfen, während von russischer Seite die Wichtigkeit und „Umweltfreundlichkeit" der Atomenergie herausgestellt wurde, und von deutscher und italienischer deren grundsätzliche Ablehnung unterstrichen wurde. Gleichzeitig wurde den NGOs entgegengehalten, man könne eben nicht sowohl auf Atomenergie als auch auf fossile Brennstoffe verzichten, wenn Energiesicherheit das höchste Ziel sei. Hier beißt sich die Katze jedoch in den Schwanz: So lange nicht eindeutige Impulse, und damit sind vor allem auch finanzielle Anreize gemeint, in Richtung erneuerbare Energien und Energieeffizienz gegeben werden, wird es auch nicht möglich sein, den viel beschworenen Richtungswechsel in die Wege zu leiten.



Energiepolitik in der Zwickmühle

Ganz augenscheinlich befinden sich die G8-Länder mit ihrer Energiepolitik in einer Zwickmühle: Seit dem ersten Treffen der G7 im Jahr 1975, noch im Schatten der Ölkrise, gibt es immer wieder Absichtserklärungen für eine Wende hin zu erneuerbaren Energien. Alle Zeichen der Zeit deuten darauf hin, dass eine Energiewende dringend notwendig ist - So kam der im Jahr 2000 von der Weltbank in Auftrag gegebene „Extractive Industries Review" 2003 zum Ergebnis, dass die Weltbank die Förderung der Ölproduktion bis 2008 auslaufen lassen solle und statt dessen in erneuerbare Energien, Emissionsreduktion und Energieeffizienz investieren müsse. Eine im Jahr 2000 eingerichtete G8-Task Force kam zum gleichen Ergebnis. Beiden Berichten war jedoch das selbe traurige Schicksal beschieden: Sie verschwanden in der Versenkung. Über die Interessen, die hinter dieser Politik stecken, gibt es viele Spekulationsmöglichkeiten. Sicherlich ist neben den üblichen Verdächtigen, wie den politisch einflussreichen multinationalen Ölkonzernen, die kein Interesse an einer Abkehr von der traditionellen Energiepolitik haben können, auch die Trägheit der jeweiligen Bürokratien und das Fortbestehen „fossiler" Denkschemata in den Köpfen nicht nur der G8-Regierungschefs nicht unerheblich.

Worten müssen Taten folgen

Damit die G8-Regierungschefs ihren Worten auf zahllosen Gipfeln endlich Taten folgen lassen, bedarf es eines starken öffentlichen Drucks. Dieser Druck muss sowohl von Seiten der „Experten" und Umweltorganisationen kommen, als auch von den Menschen, die sich mit ihren Protesten gegen die Energiepolitik der G8 richten. Letzteres wird beim diesjährigen Gipfel in Petersburg so gut wie unmöglich sein: Die russische Regierung hat klar gemacht, dass öffentliche Proteste in Petersburg nicht erwünscht sind. Eine handverlesene Runde von NGO-Vertretern und -Vertreterinnen wird bei einem vor dem Petersburger Gipfel stattfindenden NGO-Forum in Moskau Präsident Putin ihre Vorschläge und Fragen auch zum Energiethema vorlegen. Der Druck der Straße wird erst nächstes Jahr, beim G8-Gipfel in Heiligendamm wieder eine Rolle spielen. Es wird von entscheidender Bedeutung sein, dass es deutschen und internationalen NGOs gelingt die Wichtigkeit der Energiewende zu einem zentralen Thema der Gipfelaktivitäten zu machen - bei den Aktionen im Gipfelvorfeld, auf dem Kirchentag, dem geplanten Gegengipfel sowie der Großdemonstration in Rostock.

Mona Bricke

Die Autorin ist G8 Projektbeauftragte des Forums Umwelt und Entwicklung.
Nähere Informationen zu den geplanten Gipfelaktivitäten in Kürze unter www.g8-deutschland.info

Energiesicherheit unter russischer G8-Präsidentschaft

Sichtweise und Forderungen von NGOs

Der G8-Gipfel wird im Juli 2006 in Russland stattfinden. Unter der russischen Präsidentschaft ist Energiesicherheit zwar ein Thema auf der Agenda, jedoch längst nicht gut genug in der Politik verankert . NGOs haben im Vorfeld eine Reihe von Forderungen an die Regierungschefs der G8-Staaten und die Weltgesellschaft formuliert.

Energiesicherheit wurde zum Hauptthema der russischen G8-Präsidentschaft 2006 erklärt. Auf der einen Seite kommt dies genau zur rechten Zeit, vor allem im Kontext von Klimaerwärmung, Armut - 2 Mrd. Menschen haben keinen Zugang zu moderner Energieversorgung - und steigenden Öl- und Gaspreisen. Auf der anderen Seite lässt die Umsetzung dieser Maxime sehr zu wünschen übrig .

Die stark vereinfachte Sicht zum Thema Energiesicherheit wird bereits anhand des Textentwurfes für die Gipfelgespräche deutlich. Die Vorstellung, stabile Sicherheit könne ausschließlich durch fossile Energieträger gewährleistet werden sowie die Überlegung Atomenergie als Instrument zur Diversifizierung von Energiequellen zu nutzen sind längst überholt.

Russischer Energieminister hinterm Mond

Der russische Energieminister Victor Khristenko ignoriert das Problem des Klimawandels demonstrativ. Zu offiziellen Anlässen, wie z.B. bei dem Treffen der Energieminister Mitte März in Moskau vermied er sogar die Verwendung des Wortes „Klima". Dies ist eine bedeutsame „Leistung" , in einer Zeit, in der die ganze Welt und alle Politiker vom Klimawandel reden.

Andere G8-Organisatoren, vor allem der russische Sherpa Igor Shuvalov, vertreten weniger realitätsferne Positionen. Sie erkennen den Klimawandel durchaus als Problem an und diskutierten darüber freundschaftlich und offen mit den Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Allerdings ist diesbezüglich bislang nichts über positive Veränderungen im Entwurf des offiziellen Communiqués bekannt.

Vertreter von NGOs und Zivilgesellschaft, die vom 8.-10 März 2006 am "Civil G8" in Moskau teilnahmen, diskutierten dort die Probleme der globalen Energiesicherheit und formulierten eine Reihe von Forderungen an die Regierungschefs der G8-Staaten und die Weltgesellschaft. Die G8-Saaten sollen:

- genaue Bedingung für einen Wandel hin zu neuen Produktions- und Energieeinspartechnologien festlegen, die mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien einhergehen
- die Arbeitseffizienz der G8-Projektgruppe „Erneuerbare Energien" sicherstellen,
- eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energieträger von bis zu 20% der gesamten Energieproduktion der G8-Staaten bis 2020,
- die Umsetzung des "Gleneagles-Planes" sicherstellen, der 2005 auf dem G8-Gipfel beschlossen wurde,
- die Beteiligung der größten Entwicklungsländer - China und Indien - bei Aktivitäten zur Entwicklung, Herstellung und Einführung von Energiespartechnologien, sowie bei der Umstellung auf erneuerbare Energiequellen und der damit verbundenen Reduktion von Treibhausgasemissionen sicherstellen,
- Meinungsbildend für die Gestaltung eines energieeffizienten Lebensstils tätig werden, der auch den Konsum von angemessenen Gütern und Dienstleistungen beinhaltet.

Anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Katastrophe von Tschernobyl schlagen NGOs vor, staatliche Subventionen für jegliche Art von Atomenergie in G8-Ländern ein für allemal zu stoppen. Atomenergie ist keine sichere Option für die Energieentwicklung. NGOs bestehen darauf, dass die Nutzung von Atomenergie aufgegeben und der grenzüberschreitenden Transport von Atommüll verboten wird.

Die G8-Länder müssen ihre quantitativen Verpflichtungen für die Reduktion von Treibhausgasemissionen festlegen. Sie sollen mit gutem Beispiel vorangehen und so die Beteiligung aller Länder, sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer, im Kampf gegen den anthropogen verursachten Klimawandel vorantreiben.

Vertreter von NGOs und Zivilgesellschaft appellieren an die G8-Staatschefs den Vorschlag der EU zu unterstützen, anthropogene Treibhausgasemissionen so zu beschränken, dass der globale Temperaturanstieg auf 2°C über vorindustriellem Niveau eingedämmt werden kann. Temperaturanstiege von mehr als 2°C können unumkehrbare Veränderungen von Ökosystemen zur Folge haben, sowie signifikante soziale und wirtschaftliche

Verluste durch deutlich gestiegene Anzahl und Schwere negativer Phänomene: Dürren, Flutkatastrophen, Hurrikans, Hitzewellen, Abschmelzen von Eis und Permafrost

NGOs erwarten, dass die Regierungschefs der G8-Staaten und Energieunternehmen weltweit eine verantwortungsbewusste und transparente Energiepolitik betreiben. Die Staatschefs sollten ihre Aufgabe darin sehen, Regierungen und Unternehmen in der Auswahl der zweckdienlichsten und sozial wie ökologisch bedeutsamsten Schritte zu unterstützen. Wichtigstes Ziel muss es sein, die positiven Beschlüsse vergangener G8-Treffen mit vereinter Kraft umzusetzen. Dies gilt vor allem für den Bereich der Erschließung erneuerbarer Energiequellen. NGOs planen die Einrichtung eines Überwachungs- und Kontrollsystems für die Gesetzgebung sowie für Umsetzungsmaßnahmen von Regierungen und Unternehmen zu wichtigen Themen der Energiesicherheit und Energiepolitik.

Der russische Kontext und Aufgaben für die deutsche Präsidentschaft

Während insgesamt Gestaltung und mögliche Szenarien globaler Energieentwicklung relativ klar definiert sind (WBCSD, 2005), für die EU, China und Japan die grundsätzlichen „landmarks" der Energieentwicklung bis 2025 gelten (WBCSD, 2005a) und für die EU sogar ein progressives 20-Jahres-Szenario, das „Target 2020" (WI WWF, 2005) existiert, gibt es in Russland diesbezüglich noch keine klaren Vorstellungen:

- Es gibt zwar eine Energiestrategie für die Zeit bis 2020, allerdings sind die Kritikpunkte daran und ihre Nachteile so bedeutsam, dass sie kaum als Leitlinie gelten kann.
- Es gibt vorläufige Berechnungen von CO2-Emmissionen aus dem Energy Research Institute und dem Ministry of Economic Development (Sharonov, 2006), die zeigen, dass das Emissionslevel von 1990 nicht früher als 2020 erreicht werden kann. Das bedeutet, dass Russland sich unter Berücksichtigung der nicht verwendeten Emissionskontingente für die Periode 2008-2012 zu deutlichen Reduktionen von Treibhausgasemissionen für die Zeit von 2013-2017 verpflichten könnte. Allerdings sind diese Berechnungen für eine langfristige Energiepolitik nicht ausreichend;
- Es besteht Einvernehmen über die wachsenden Rolle von russischem Erdgases und der "Gefahr", dass Pipeline-Systeme (und in Folge dessen auch Versorgungsmonopole) durch extreme Marktentwicklungen und Konkurrenz der Flüssiggas-Infrastruktur an Bedeutung verlieren könnten
- Unter russischen Beamten lebt immer noch der Mythos von Russland als Exporteur von Atomtechnologie und Kernenergie zu einer energieeffizienten nationalen Wirtschaft führen könne. Allerdings wurde die russische Atomenergie von der Wirtschaftskrise der Nach-UdSSR-Zeit hart getroffen; so kann z.B. die riesige Fabrik „Atommash" keine Kraftwerksteile produzieren.
- Es existiert ein „Gefühl", dass Kohle nicht das richtige Werkzeug für russisches Wachstum ist, aber das „Argument", dass die Kohlevorkommen noch hunderte von Jahren reichen und damit unsere Zukunft darstellen, ist noch immer sehr populär.

Es ist völlig unklar, welchen Beitrag Russland leisten kann, umdas Ziel der Begrenzung des Temperaturanstiegs um 2°C zu erreichen. Wie soll Russland z.B. reagieren, wenn die EU die „Target 2020"-Szenarien akzeptiert. Es ist nicht abzuschätzen, um wie viel einfacher ein „3°C-Szenario" für Russland wäre. Man kann zwar davon ausgehen, dass dieses Szenario mit deutlich weniger Ausgaben verbunden wäre, dafür wären wiederum die Verluste durch den Klimawandel höher und die Exporteinnahmen für die potenziellen Anbieter von Erdgas und Biokraftstoffen (für Russland) niedriger.

Ohne Zweifel muss sich die russische Regierung mit einer Menge wichtiger Themen befassen. Die Strategien beziehen sich meist nur auf einen Zeitraum von 4-5 Jahren und das Verständnis für Klimarisiken ist völlig unzureichend. Aber ohne dieses klare Verständnis für zukünftige Entwicklungen gerät Russland in eine Außenseiterrolle in Klimaverhandlungen und wird zu einer passiven Partei im globalen Energie-Dialog. Diese Rolle wäre alles andere als erstrebenswert. Russland ist in der Lage Szenarien zu entwickeln ihnen auch zu folgen. Die Weichen sind gestellt, aber um Erfolge erzielen zu können wird sich die russische Regierung sehr anstrengen müssen. NGOs und die Umweltszene sind bereit, dabei ihren Beitrag zu leisten. Die Öffentlichkeit in Russland und in Europäischen Ländern könnte gemeinsam ökologisch unsinnige Projekte und Aktivitäten verhindern, den Finanzsektor beeinflussen, Bildungsmaßnahmen organisieren und die Bevölkerung und Unternehmen für den Wandel zu einem energieeffizienten und energiesparenden Lebensstil motivieren.

Seit Jahrzehnten plädieren angesehene Wissenschaftler und NGOs für eine Energiewende in den führenden Ländern der Welt. Umgesetzt wurde in dieser Richtung bislang allerdings wenig. Nun ist es Zeit für entscheidende Taten. Dass beim G8-Treffen der Regierungschefs 2006 in St. Petersburg Energiesicherheitsthemen auf der Agenda standen zeigt den Bedeutungswandel in der modernen Welt. Diese Entwicklung wird allerdings durch die Mythen der russischen Energiepolitik (oder der Abwesenheit eben solcher) gestört. Aus diesem Grund konnte der Gipfel von 2006 dieser Entwicklung lediglich einen Schubs in die richtige Richtung geben. Der G8-Gipfel in Deutschland 2007 muss den Staffellauf des Gipfels in Gleneagles 2005 fortsetzen und umsetzbare Pläne für eine ökologisch und klimatisch nachhaltige, weltweite Energiesicherheit entwickeln.

Alexey Kokorin

Der Autor arbeitet für den WWF Russland.

Übersetzung: Monika Brinkmöller/Julia Biel

- *Sharonov, 2006. Address of deputy minister for economic development and commerce A. Sharonov at Moscow Carbon Forum on 3 April 2006*
- *WBCSD 2005, World Business Council for Sustainable Development, Facts and Trends to 2050, Energy and Climate Change, www.wbcsd.org*
- *WBCSD, 2005a: World Business Council for Sustainable Development, Pathways to 2050, Energy and Climate Change, www.wbcsd.org*
- *WI WWF, 2005: Wuppertal Institute, World Wide Fund for Nature, Freezing Climate Change www.panda.org/climate/eutarget2020*

Eine „saubere" Lösung?

Atomkraft und fossile Energieträger zukünftige Optionen für die Weltbank

Die Weltbank hat kürzlich eine Studie zum Thema Entwicklung und gesicherte, saubere Energieversorgung veröffentlicht. Erneuerbare Energien geraten in der Studie ins Hintertreffen. Die Weltbank sieht eine ‚saubere' Energiezukunft in der Förderung von Atomkraft und großen Staudämmen aber auch in der der Verwendung fossiler Energieträger..

Die G8-Konferenz 2005 in Gleneagles hatte zwei wichtige Ergebnisse, von denen eins öffentlich unbemerkt blieb. Die Konferenz wurde begleitet von der ‚Make poverty history'-Kampagne. Rockkonzerte überall, Bono als Gast der Konferenz und ein Beschluss zur Schuldenstreichung ließen in der Öffentlichkeit den Eindruck aufkommen, dass ein Durchbruch gelungen sei. Nachdem sich der Bühnennebel und die allgemeine Euphorie gelegt hatten, sah die Sache schon anders aus.

Die halbgare Schuldenerlassinitiative lässt die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF) ungeschoren. Die Schuldentilgung wird auch noch auf die Entwicklungshilfequote (ODA) angerechnet, was der einzige Grund ist, warum Deutschlands ODA auf über 0,3 % des Bruttosozialprodukts wächst. Real geht die Entwicklungshilfe zurück. Soweit das, was in der breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen wurde.

So ganz nebenbei beauftragten die G8-Regierungschefs die Weltbank damit, eine Studie vorzulegen, wie ein Investitionsprogramm aussehen soll, das Entwicklung und gesicherte, saubere Energieversorgung verbindet. Das 150-seitige Papier wurde vom Verwaltungsrat der Weltbank zustimmend zur Kenntnis genommen und den Finanz- und Entwicklungsministern der Mitgliedsstaaten auf der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank im April vorgelegt. Im Vorfeld erfuhr die Öffentlichkeit davon nur durch eine gezielte Indiskretion aus der Bank. Dabei ist das, was von Weltbank-Mitarbeitern zusammengeschrieben wurde, von einiger Brisanz. Das komplette Papier „Clean energy and development: Towards an investment framework"[1] zu kommentieren, würde den Rahmen sprengen. Daher seien hier nur einige „Highlights" erwähnt.

Schon der Ansatz der sauberen Energie (‚clean energy') muss mit einigen Fragezeichen versehen werden. Denn der Bericht meint damit beileibe nicht nur Wind, Sonne, Wasser und Biomasse. Nach Ansicht der Weltbank muss man darunter auch fossile Energieträger und Atom fassen. Die Sauberkeit der Energieerzeugung wird auf die Frage der Klimaschädlichkeit reduziert.

‚Clean coal'-Technologie wie die unterirdische Speicherung von CO_2 wird ausdrücklich als zukunftsweisend und förderungswürdig angesehen. Allerdings wird dabei ausgeblendet, dass diese Technologien erst im Pilotstadium sind, selbst sehr energieintensiv sind und hohe Kosten verursachen. Der Entwicklungsnutzen ist daher sehr fragwürdig.

Weltbank für Atomoption?

Noch hat die Weltbank die klare Politik, keine Atomtechnologie zu fördern. Daher ist es alarmierend, wenn eine Weltbank-Studie Atomkraft als saubere Energie bezeichnet und ihre mittelfristige Nutzung vorschlägt. Damit befindet sich die Bank auf einer Linie mit der Klima-Initiative der USA, Australiens und anderer Staaten, die in dem Bericht ausdrücklich positiv genannt wird. Alle, denen an der Umsetzung des Kyoto-Protokolls gelegen ist, beurteilen sie allerdings als Anti-Kyoto-Initiative. Während sich Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul auf der Frühjahrstagung eindeutig gegen Atomkraft als Entwicklungsoption ausgesprochen hat[2], wollte Russland gleich eine Arbeitsgruppe einsetzen, die die atomare Option schnell in die Praxis umsetzen sollte. Katherine Sierra, die für Infrastruktur zuständige Vizepräsidentin der Weltbank, hat in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau Atomkraft als zukünftige Option für die Weltbank bezeichnet. Nach Auffassung vieler Weltbank-Kenner, die ich teile, droht nicht unbedingt die direkte Finanzierung von AKWs durch die Weltbank. Vielmehr wird die Bank in ihrer Rolle als ‚knowledge bank' und Beraterin im Hintergrund die atomare Option promoten und die Finanzierung anderen überlassen. Doch auch das darf man der Bank nicht erlauben. Bündnis90/Grüne und Linkspartei im Bundestag wollen sich mit dem AntiAtom-Statement der Ministerin nicht zufrieden geben und bereiten Anträge vor, dem deutschen Verwaltungsratsmitglied in der Weltbank vorzugeben, gegen jede Art von Atomkraftförderung zu stimmen.

Fossile Energieträger ganz vorn

Wer erwartet hatte, dass die Weltbank in ihrer Studie den Erneuerbaren Energien einen prominenten Platz einräumen würde, sieht sich eines Schlechteren belehrt. Die effektivere Nutzung und verbesserte Ausbeutung von fossilen Energieträgern nimmt in dem Papier einen breiten Raum ein. Dabei wird nicht nur der Privatwirtschaft das Wort geredet, sondern auch bestehende öffentliche Versorgungsstrukturen als Option anerkannt. Eine Abkehr von der Privatisierung, wie eine deutsche Zeitung titelte, lässt sich daraus aber nicht ableiten. Immer noch wird Privatinvestoren die Hauptrolle gegeben. Bei Investitionen wie Kraftwerken und Großstaudämmen sieht die Weltbank aber die Notwendigkeit öffentlichen Geldes. Denn in den letzten Jahren hat die Privatwirt-

schaft sich in diesem Bereich sehr zurück gehalten, weil kurzfristig kein Profit zu machen war.

„Big is beautiful"

Wenn Erneuerbare Energien ins Spiel gebracht werden, dann nennt die Studie hauptsächlich große Wasserkraftprojekte (mehr als 10 MW Leistung) als Quelle für ‚saubere Energie'. Dabei hat die World Commission on Dams (WCD) in ihrem Bericht[3] klar dargelegt, dass Großstaudämme durchaus nicht als ‚sauber' angesehen werden können. Ihr Entwicklungsnutzen ist ebenfalls sehr zweifelhaft. Diese Projekte sind in der Vergangenheit Ursache für massenhafte Zwangsumsiedlungen gewesen. Die erzeugte Energie wurde meistens nicht den Betroffenen zur Verfügung gestellt, sondern im Rahmen der von IWF und Weltbank oktroyierten Wirtschaftspolitik exportiert oder in den Zentren verbraucht. Da die Staudammbecken meist nicht von Vegetation gesäubert wurden, hatte die Verrottung der Pflanzen unter Wasser einen hohen Ausstoß klimaschädlichen Methans zur Folge.

Die Nutzung von Wind- und Sonnenenergie rangiert in dem Bericht unter ‚Ferner liefen'. Statt z.B. den Empfehlungen der Extractive Industries Review aus dem Jahre 2004 zu folgen, die Finanzierung von Erdölprojekten einzustellen und das Geld in Erneuerbare zu stecken, werden Erneuerbare Energien lediglich als komplementär und längerfristige Option angesehen.

Alle Erfahrung zeigt, dass Entwicklung nicht mit Großstaudämmen oder Gas- und Ölprojekten wie der Tschad-Kamerun-Pipeline zu bewerkstelligen ist. Dezentrale Energieprojekte, Investitionen in Versorgungsstrukturen, die Energie auch zur Landbevölkerung bringen und Versorgungssicherheit bieten, sind eigentlich das Gebot, um Entwicklung zu befördern. Davon ist in der Weltbank-Studie aber nur am Rande die Rede. Stattdessen wird weiter nach dem Muster „Big is beautiful" verfahren.

Fortschreibung des Berichts geplant

Die Studie beschränkt sich nicht auf zukünftige Investitionen, die die Weltbank anregen und finanzieren will. Sie ist ausdrücklich gedacht als Rahmen für alle internationalen Finanzinstitutionen. Wenn also auf der IWF/Weltbank-Jahrestagung im Herbst in Singapur eine Fortschreibung des Berichts diskutiert wird, hat das gravierende Auswirkung auf die Art und Weise, in der globale Energiepolitik gemacht wird. Deshalb sollten sowohl die Zivilgesellschaft als auch die parlamentarischen Entscheidungsträger sehr genau beobachten, in welche Richtung die Entwicklung gehen soll. Eine Harmonisierung der Investitionsprogramme in Richtung von Atomkraft und Großprojekten kann jedenfalls mit dem entschiedenen Widerstand der Betroffenen im Globalen Süden rechnen.

Knud Vöcking

Der Autor ist Weltbank-Referent bei urgewald.

[1] Mittlerweile ist die Studie herunterladbar: http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMINT/Documentation/20890696/DC2006-0002(E)-CleanEnergy.pdf
[2] http://www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/rede_200604221.html
[3] http://www.dams.org/

„Heizen mit Weizen"

Entwicklungspolitische Vor- und Nachteile des Anbaus von Biomasse für Energiezwecke.

Der Marktpreis von Getreide liegt deutlich unter seinem Heizwert. Die logische Folge auf dem Markt: Getreide wird zu Brennstoff. Die Verbrennung von Getreide mag ökonomisch sinnvoll sein, aber ist sie auch ökologisch und aus entwicklungspolitischer Sicht vertretbar?

Erneuerbare Energien werden in der Zukunft aus zwei wesentlichen Gründen eine immer bedeutendere Rolle spielen: Erstens wird die Knappheit fossiler Energieressourcen zu steigenden Preisen führen, zweitens wird die Abhängigkeit von Anbieterländern zunehmen. Zudem wird der Klimaschutz in der Zukunft den Einsatz von umweltfreundlichen Energieformen und -technologien maßgeblich bestimmen. Auf dem deutschen und europäischen Strommarkt werden in der Zukunft diejenigen Technologien eingesetzt werden, welche sowohl kosteneffizient als auch klimaschonend sind. Erneuerbare Energien werden hier einen entscheidenden Beitrag leisten.

Zu den Erneuerbaren Energien gehört auch die Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen bzw. aus Biomasse. Als nachwachsende Rohstoffe dienen z.B. Holz, Öl- und Proteinpflanzen, Stärke- und Zuckerpflanzen. Nachwachsende Rohstoffe lassen sich stofflich bzw. technisch in der Industrie (Industriepflanzen) und energetisch zur Erzeugung von Wärme, Dampf, Strom und Treibstoff nutzen.

Durch die EU-Agrarpolitik der letzten Jahre sind die Getreidepreise stark gefallen. Seit 1999 liegt der Marktpreis von Getreide deutlich unter seinem Heizwert. Sowohl Preisanstiege für Öl und Gas als auch Ertragszuwächse im Getreidebau führen dazu, dass eine Kilowattstunde Wärme aus Weizen heute billiger ist als die Wärme aus Heizöl, Gas oder Holzpellets. Die logische Folge auf dem Markt: Getreide wird Brennstoff. Rein rechnerisch ergibt sich bei einem Heizölpreis von 575 €/1.000 Liter und einem Weizenpreis von 120 €/1.000kg ein Preis pro 1.000 MJ Energie von 16,45 € bei Heizöl und 6,66 € bei Weizen. Das bedeutet, die Energie aus der Weizenverbrennung ist um 60% billiger als Energiegewinnung aus Heizöl.

Der Bauer als Energiewirt

Da die EU-Getreidepreise rückläufig sind, suchen viele landwirtschaftliche Betriebe neue Vermarktungsmöglichkeiten für ihr Getreide. Der erzielbare Preis für Brotgetreide liegt derzeit bei rund 9 €/dt. Auf den Heizwert des Getreides bezogen entspricht dies ca. 2,3 €-Cent/kWh. Im Vergleich dazu lag der Ölpreis im Jahr 2005 durchschnittlich bei 5,5 €-Cent/kWh (inkl. MwSt bei einer Bezugsmenge von 3.000 l Heizöl). D.h. selbst bei hochwertigem Brotgetreide ist der auf den Energiegehalt bezogene Wert weit über seinem derzeitigen Erlösen als Nahrungs-

mittel. Noch mehr gilt dies für Ausschussgetreide, das nicht als Futter- und Lebensmittel verwendet werden kann, da ist die Nutzung als Brennstoff noch sinnvoller als eine Entsorgung.

Aus agrarpolitischen und strukturellen Gründen werden in der EU ungefähr zehn Prozent der Ackerflächen nicht genutzt. Durch diese Stilllegung sind Flächen übrig, die für den Energiepflanzenanbau genutzt werden könnten. Der ökologische Vorteil der Nutzung von Biomasseenergie liegt darin, dass nur das in der Biomasse, also in diesem Fall im Getreide vorhandene CO_2 wieder freigesetzt wird, was auch bei einer anderen Nutzung oder der Verrottung geschehen würde. Beim Verbrennen der knappen Vorräte an Öl, Gas und Kohle wird dagegen zusätzliches fossiles CO_2 in die Natur abgegeben. Welche Ackerfrüchte aus ökonomischer und ökologischer Sicht für den Energiepflanzenanbau geeignet sind, darüber entscheiden schlussendlich auch die Ökobilanzen für die einzelnen Ackerfrüchte. Da gibt es doch erhebliche Unterschiede, so ist z.B. die Ökobilanz für reines Rapsöl wesentlich besser als für „Biodiesel" aus Rapsmethylester. Insgesamt bietet der extensive Anbau von Energiegetreide eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Nutzungsform. Getreide zur Verbrennung ist ein zusätzliches Standbein für die Landwirtschaft. Es sichert Arbeitsplätze. Dies trifft auch für den Anlagenbau (Heizungen) und das Handwerk zu.

Spricht unter ethischen Gesichtspunkten etwas dagegen?

Viele Menschen halten es für unethisch, Getreide statt Holz zu verheizen - schließlich verhungern in anderen Erdteilen Menschen, weil sie nicht genug davon haben, und auch in Deutschland wissen noch viele, was das Wort "Hunger" heißt. Demgegenüber scheint die Verbrennung von Getreide besonders unverantwortlich zu sein. Man spricht in der Debatte über die „Entwertung von Lebensmitteln" (BUND) und von Lebensmitteln als „Gute Gabe Gottes", die nicht verheizt und verramscht werden dürfe. Auch fallen Ausdrücke wie "nicht hinnehmbare ethische Grenzüberschreitung". Andere argumentieren dagegen, auch die heutigen extrem niedrigen Preise in der EU seien ein Zeichen für Geringschätzung von Lebensmitteln und somit moralisch verwerflich.

„Im Emder Hafen sollen bis zu 50 Blockheizkraftwerke gebaut werden, die zusammen bis zu 150 Megawatt Strom erzeugen. Betrieben werden sollen sie mit Palmöl. Die Pläne stehen in Zusammenhang mit der geplanten Ansiedlung einer Palmöl-Raffinerie in Emden." Das meldete Mitte Mai 2006 die Ostfriesen Zeitung.
www.regenwald.org)

Die niederländische Investorengruppe BIOX plante den Bau einer Palmöl-Raffinerie in Emden. Ab 2007 sollte die Anlage aus rund 430.000 Tonnen Palmöl im Jahr etwa 400 Millionen Liter „Bio"diesel herstellen. Das in der Raffinerie verwendete Palmöl soll nach Angaben der Betreiber aus Indonesien kommen. Die Investorengruppe hat sich jedoch inzwischen von dem Vorhaben zurückgezogen. Allerdings hat die Stadt Emden noch weitere Interessenten mit denen man nun verhandeln will.

Aus entwicklungspolitischer Sicht belegen unzählige Beispiele, dass mit der Lieferung unserer Überschüsse in die Entwicklungsländer die dortige Landwirtschaft zerstört wird. Sie kann sich nicht entfalten, wenn billiges Getreide importiert oder gar verschenkt wird. Damit entsteht eine dauerhafte Abhängigkeit und Arbeitslosigkeit in diesen Ländern. Das ist ethisch weniger zu verantworten als das Heizen mit Getreide in Deutschland. Außerdem darf der Einsatz von Getreide als Ölersatz ethisch nicht auf eine Stufe mit dem Wegwerfen von Lebensmitteln in unserer Überflussgesellschaft gestellt werden. Weil in unserem Klima ein Leben ohne Heizung inklusive Energieeinsatz nicht möglich ist, besteht zusätzlich die Pflicht, solche Energieformen zu nutzen, die ethisch auch gegenüber den nachfolgenden Generationen vertretbar sind. Die Nutzung von Getreide als Brennstoff ist demnach nicht nur ökonomisch sinnvoll und ökologisch vorteilhaft, sondern auch aus entwicklungspolitischer Sicht vertretbar.

Erneuerbare Energien ja, aber gerecht und verantwortungsbewusst

Im Hinblick auf die globale Nahrungsmittelunsicherheit in Entwicklungsländern müssen in der Debatte um das Verbrennen von Getreide aber auch andere Entwicklungen betrachtet werden, vor allem die Flächenkonkurrenz zwischen Energiepflanzen und Nahrungsmittelpflanzen. Am Beispiel der Palmölgewinnung für die Energieversorgung kann dies deutlich aufgezeigt werden.

Die Produktion von Pflanzenöl beträgt über 100 Millionen Tonnen pro Jahr, davon sind über 30 Millionen Tonnen Palmöl, dem weltweit zweitwichtigsten Öl nach Sojaöl. Von 1990 bis heute ist die Fläche des Ölpalmenanbaus um 43% gestiegen, vor allem in Malaysia und Indonesien, den größten Palmölproduzenten der Welt. Prognosen zufolge werden ungefähr 50 Prozent der neuen Plantagenflächen, die weltweit bis zum Jahre 2020 benötigt werden, in Indonesien entstehen. Dort wurden bereits im Jahr 2000 über drei Millionen Hektar mit Ölpalmen bebaut, 1985 waren es lediglich 600.000 Hektar. Dabei haben die Kahlschläge der Flächen, die für mehr Plantagen gebraucht werden, schwere ökologische und soziale Folgen. Durch Abholzung sind bereits 70% des einstigen Urwaldes zerstört. Unmittelbare Folgen sind Erdrutsche, Verschlammung von Flüssen und Überflutungen, was zu steigender Bodenerosion führt. Ein weiteres Problem sind die Brandrodungen, die durchgeführt werden, um die Flächen nutzen zu können. Viele Bauern müssen sich als landlose Farmarbeiter oder als geduldete Gastarbeiter auf den Plantagen verdingen. Die Verknappung an Landfläche bringt in Indonesien bei steigendem Bevölkerungswachstum weitere Verarmung, v.a. der Landbevölkerung, Arbeitslosigkeit und Landflucht mit sich. Es werden vielfach kleinbäuerliche Strukturen vernichtet.

Auch Deutschland schreit nach indonesischem Palmöl

Die Bundesrepublik ist schon jetzt die Nummer eins bei Importen von Palmkernöl, das in der verarbeitenden Industrie (Seifen, Körperpflege- und Kosmetikartikel, Mischfutter für Tiere), Nahrungsmittelindustrie (Margarine, Süßigkeiten, Fertiggerichte) und in der chemischen Industrie (Wasch- und Reinigungsmittel) genutzt wird. Indonesien deckt wiederum 85 Prozent der gesamten deutschen Palmkernölimporte. Palmöl ist das weitaus meistimportierte Pflanzenöl in Deutschland. Deutschland ist der viertgrößte Im-

porteur von indonesischem Palmöl und der zweitgrößte innerhalb der EU nach den Niederlanden. Die zusätzliche Verwendung von Palmöl für Energiezwecke (siehe Kasten) dürfte die schon bestehenden sozialen und ökologischen Probleme des Palmölanbaus in Indonesien weiter verschärfen.

Sozial- und Ökokriterien für den Energiepflanzenanbau in Entwicklungsländern

Für Entwicklungsländer bietet der Export von Bioenergieträgern oder -rohstoffen eine wirtschaftliche Chance, die sie nutzen werden. Allerdings steht der Anbau von Energiepflanzen in Entwicklungsländern analog zum Anbau von Pflanzen für andere Nutzungen in Konkurrenz zu dem Nahrungsmittelanbau. Der Flächenanspruch ist der zentrale Konfliktbereich, weil auch in Zukunft von einem steigenden Bedarf an landwirtschaftlicher Nutzfläche im Hinblick auf Bevölkerungswachstum und fortschreitende Degradation der genutzten Flächen auszugehen ist. Neben der quantitativen Inanspruchnahme von Flächen sind die Fragen der Eigentumsverhältnisse beim Grundbesitz für den künftigen Energiepflanzenanbau wichtig. Auch direkte Konflikte insbesondere im Bereich Umwelt und Gesundheit, die durch die Art des Pflanzenbaus bedingt sind gibt es beim Energiepflanzenanbau. So sind hier mögliche Verluste der Biodiversität und auch Belastungen durch Chemikalien zu nennen. Auch wird die Forderung von Industrie und Teilen der Politik nach dem Einsatz von genveränderten Organismen im Energiepflanzenanbau die Diskussion weiter zuspitzen. Nicht zuletzt sind je nach Anbauform und Ernteverfahren auch Konflikte im Naturschutz möglich. In diesem Spannungsfeld widerstreitender Anforderungen und Interessenlagen müssen für den globalen Ausbau der Bioenergienutzung Kriterien und Regulierungsinstrumente gefunden werden, die eine ökologische und sozial verträgliche Nutzung der Bioenergie im großen Stil ermöglichen. Aus entwicklungspolitischer Sicht sind besonders zu nennen:

1. Schutz und Unterstützung von kleinbäuerlichen Strukturen,
2. Die Förderung eines vielfältigen Energiepflanzenanbaus, unter Berücksichtigung eines niedrigen Einsatzes von Produktionsmitteln (Düngemittel und Pestizide) sowie einer geringen Intensität der Bodenbearbeitung,
3. Aus ökologischer Sicht sind innovative Anbausysteme und Technologien (Agroforstwirtschaft, mehrjähriger Energiepflanzen- oder Mischfruchtanbau) zu fördern,
4. Förderung von Synergieeffekten zwischen Umwelt und Wirtschaft,
5. Kein Einsatz von genetisch modifizierten Organismen für die energetische Nutzung von Biomasse.

Bernhard Walter

Der Autor ist Referent für Ernährungssicherung, Landwirtschaft und Umwelt bei Brot für die Welt.

Quellen:
http://www.erneuerbare-energien.de
http://www.bio-energie.de/
http://www.bmu.de (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
http://www.carmen-ev.de (Centrale- Agrar-Rohstoff-Marketing- und Entwicklungs-Netzwerk)
http://www.kircheundgesellschaft.de
Forum Umwelt & Entwicklung. Bonn, November 2005. Weltmarkt für Bioenergie zwischen Klimaschutz und Entwicklungspolitik - Eine NRO-Standpunktbestimmung
Öko-Institut. Freiburg, Februar 2005. Kriterien zur Bewertung des Pflanzenbaus zur Gewinnung von Biokraftstoffen in Entwicklungsländern unter ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Alternative Kraftstoffe auf dem Vormarsch

Biogas muss das Rennen machen

Biogas als Kraftstoff findet derzeit noch wenig Beachtung in der öffentlichen Debatte. Bisher kann es sich gegen die Alternativen Biodiesel und Bioethanol noch nicht durchsetzen, obwohl es viele Vorteile gegenüber anderen Kraftstoffen hat. Gerade im Sinne der Energiewende ist es an der Zeit, Biogas salonfähig zu machen.

Das Thema Energie wird im Rahmen der Debatte über die nachhaltige Entwicklung künftiger Generationen heute weltweit lebhaft diskutiert. Fossile Energieträger wie Erdöl neigen sich unweigerlich dem Ende zu, der gigantische Nachfrageanstieg aus China und Indien sowie der absehbare Peak der Ölproduktion treiben die Rohölpreise auf den internationalen Energiemärkten in die Höhe. Weltweit wird die allgemeine Energiesicherheit immer häufiger in Frage gestellt. Regionen, die über fossile Rohstoffreserven verfügen aber auch Regionen, deren Energieversorgung von den Vorräten der erstgenannten abhängen, geraten zunehmend unter Druck durch politische oder gar militärische Konflikte. Dass Alternativen dringend von Nöten sind, steht außer Frage. Vor diesem Hintergrund geraten erneuerbare Energien immer stärker in den Mittelpunkt der Diskussion.

Neben der Solar-, Wind- und Wasserenergie wird vor allem Bioenergie als viel versprechende Option mit großem Potential gehandelt. Nachwachsende Rohstoffe wie Holz oder Energiepflanzen, landwirtschaftlicher Abfall und Gülle scheinen attraktive und umweltfreundliche Energielieferanten darzustellen. Flüssigtreibstoffe wie Biodiesel und Ethanol stehen in der öffentlichen Debatte derzeit hoch im Kurs. Die Vorstellung Autos mit Kraftstoff aus organischer Biomasse oder Bioabfällen zu betanken, sich sowohl von den schwankenden Rohölpreisen abkoppeln als auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können, klingt natürlich verlockend.

Ökobilanz von Biokraftstoffen

Wie sehen jedoch die Umweltbilanzen dieser flüssigen Biokraftstoffe konkret aus? Sind sie tatsächlich so umweltfreundlich wie generell behauptet wird und lassen sie sich wirklich im Sinne der Nachhaltig anbauen, transportieren und vermarkten?

Bei aller Biokraftstoff-Euphorie werden oftmals gewichtige Nachteile im Zusammenhang mit der Herstellung, Nutzung und dem Handel mit flüssigen Biotreibstoffen außer Acht gelassen.

Um innerhalb Deutschlands und der EU erfolgreich flüssige Biokraftstoffe produzieren zu können, müssen zunächst ausreichend nutzbare Anbauflächen zur Verfügung stehen. Der Hektarertrag von Raps und Weizen - die hauptsächlich für die Herstellung von Biodiesel und Ethanol verwendet werden - ist mit 1100 bis 2200 Liter relativ gering, sodass große Anbauflächen benötigt werden. Da diese in Deutschland bzw. in der EU jedoch in der Zukunft nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen werden, ist man auf Importe angewiesen. Importe richten sich in der Regel nach dem Marktprinzip des jeweils günstigsten Anbieters. Große Exporteure wie Brasilien und Indonesien produzieren Rohstoffe auf Mega-Plantagen für Zuckerrohr und/oder Palmöl. Monokulturen und das großflächige Abholzen von Regenwald entsprechen aber nicht dem Gebot der Nachhaltigkeit, sondern zerstören Biodiversität und Wohnraum und stellen nicht zuletzt Umweltrisiken für wichtige und sensible Ökosysteme dar. Diese Aspekte können die angeblich durchweg positive Ökobilanz biogener Flüssigtreibstoffe relativieren. Zusätzlich wird diese noch durch den, für die z.T. energieintensive Produktion von Biokraftstoffen, erforderlichen Einsatz fossiler Rohstoffe bei Nutzfahrzeugen und Anlagen geschmälert.

Außenseiter Biogas?

Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, warum die aktuelle Diskussion über neue Kraftstoffalternativen sich fast ausschließlich auf Flüssigtreibstoffe beschränkt. Warum findet die Alternative „Biogas" derzeit noch so wenig Beachtung in der öffentlichen Debatte?

Biogas existiert bereits als Alternative zu Biodiesel und/oder Bioethanol, nur ist diese Option nach wie vor mit einem schlechten Image behaftet. Allgemein negative Assoziationen mit Gülle und Geruchsbelästigung bremsen die Akzeptanz der Öffentlichkeit. Obwohl das deutsche Erdgasnetz bereits optimal erschlossen ist, kann Erdgas als Kraftstoff vergleichsweise schwer bezogen werden. Solange das Netz von Erdgastankstellen nicht weiter ausgebaut und das Problem der Netzeinspeisung von Biogas nicht gelöst ist, kann sich Biogas als Alternative auf dem Markt nur schwer etablieren. Zwar wurden durch das Energie-Einspeisungsgesetz (EEG) die Marktchancen für Biogas bereits erheblich verbessert, diese werden jedoch durch eine vergleichsweise aufwändige Gasaufbereitung sowie die hohen Netzzutritts- und Netznutzungsgebühren wieder abgebremst. In Österreich wird daher beispielsweise die Anerkennung einer „virtuellen" Entnahme von Biogas an einem beliebigen Entnahmepunkt des öffentlichen Erdgasversorgungsnetzes angestrebt. Auf diese Weise sollen kostendeckende Preise ermöglicht werden.

Durch die expansive Nutzung von Biogas wäre eine dezentrale Energieversorgung möglich, was für die Verbraucher grundsätzlich positiv wäre. Einigen wenigen Monopolisten samt ihrer Lobby wäre dies jedoch ein Dorn im Auge. So wird die erfolgreiche Expansion von Biogas als Kraftstoff nicht zuletzt durch die kontraproduktive Haltung der großen Erdölkonzerne ausgebremst.

Vorteile von Biogas

Dabei bietet die Alternative Biogas im Gegensatz zu den Konkurrenten Biodiesel und Ethanol eine Vielzahl von Vorteilen:

- Im Gegensatz zu Biodiesel oder Bioethanol können für die Erzeugung von Biogas ganze Pflanzen genutzt werden. Dadurch kann ein fast viermal größerer Hektarertrag erzielt werden als bei Biodiesel.
- Für die Vergärung eignen sich eine Vielzahl von Stoffen: Energiepflanzen, Restpflanzen, Nebenprodukte der Lebensmittel- und Rohstoffproduktion sowie Gülle.
- In aufbereiteter Form ist Biogas vollständig kompatibel zu Erdgas, sodass die komplette Erdgas-Infrastruktur ohne Einschränkungen für die Versorgung mit Biogas genutzt werden kann und Biogas für alle Erdgasvorhaben verfügbar wäre.
- Bei der Biogaseinspeisung in das Erdgasnetz können alle für Erdgastankstellen zugelassenen Erdgasfahrzeuge ohne motortechnische Umstellung problemlos betrieben werden.
- Mit der direkten Einspeisung in das Erdgasnetz können 90 bis 99% der erzeugten Energie tatsächlich genutzt werden.
- Wie eine Studie im Auftrag des österreichischen Umweltbundesamtes belegt, kann der Einsatz von Biogas als Kraftstoff nicht nur zu einer Reduktion von Treibhausgasen führen, sondern auch zu verringerten Emissionen von Luftschadstoffen. So bietet Biogas ein Einsparungspotential an Treibhausgasemission von 20% bis 53% im Vergleich zu einem durchschnittlichen Dieselfahrzeug.
- Unter Kosten-Nutzen-Aspekten ist der wesentliche Vorteil von Biogas klar ersichtlich: So liefert eine Anbaufläche von 1 Hektar Mais rund 40.000kWh Biogas, wogegen auf einer Anbaufläche von 1 Hektar Raps für Biodiesel lediglich ein Energiegehalt von 9.940 kWh generiert werden kann.

Biogas fördern

Trotz seiner zahlreichen Vorteile ist Biogas als sinnvolle und nachhaltige Möglichkeit der Energiegewinnung in den Köpfen der Menschen bislang nicht angekommen. Letztendlich kann nur der Erfolg von Erdgas den Weg für eine erfolgreiche Zukunft von Biogas ebnen. Es muss also in Zukunft mehr getan werden, um die Alternative Erd- und Biogas grundsätzlich attraktiver zu machen. Das Image von Erdgas kann durch Biogas zum Beispiel in den Bereich der regenerativen Energien gelangen und sowohl in wirtschaftlicher wie auch in politischer Hinsicht als „Brückenenergie" zwischen fossilen und erneuerbaren Energien fungieren. Weitere Märkte, wie der Wärmemarkt oder der erweiterte Strommarkt könnten für Biogas erschlossen werden. Steuerbefreiungen als wirtschaftliche Anreize würden dabei eine wichtige Rolle einnehmen um Biogas als Treibstoff salonfähig zu machen. Durchleitungsgebühren müssten für Biogas vergünstigt werden und die öffentliche Hand sollte versuchen, beispielhaft voran zu gehen, indem sie städtische Fahrzeugflotten wie Busse und Taxen umfassend umrüstet und so das Vertrauen potentieller Konsumenten stärkt.

Julia Biel

Die Autorin studiert Geographie an der Johannes Gutenberg Universität Mainz und derzeit Praktikantin beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Das rühmliche Schlusslicht

Vision für ein autoärmeres Deutschland

Der Bericht der Europäischen Umweltagentur zu Trends und Projektionen bei Treibhausgasemissionen (2005)[1] bestätigt, worauf die Nicht-Regierungsorganisationen bereits seit langem hinweisen und von der Politik Maßnahmen einfordern: Die Verkehrsemissionen in der EU steigen und stehen damit den durch das Kyoto-Protokoll festgeschriebenen Reduktionserfordernissen entgegen.

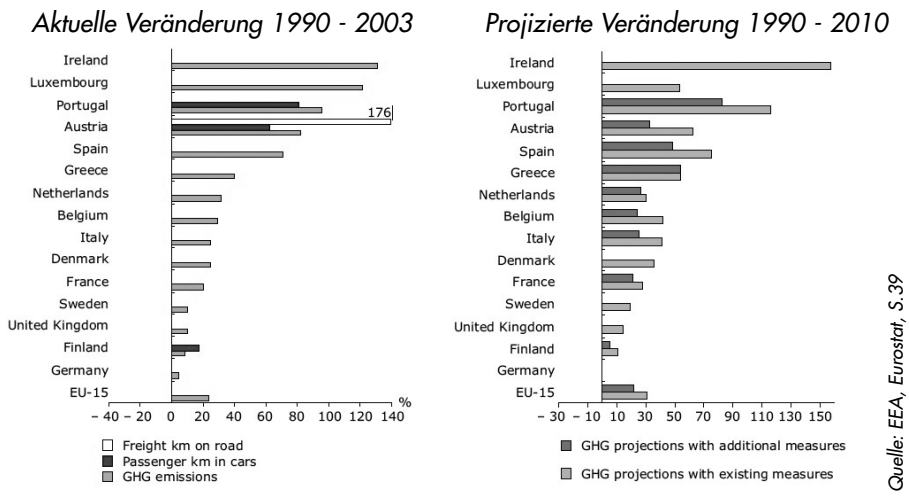
Dies gilt besonders für den Flugverkehr, aber auch der Landverkehr hat seine Emissionen von 1990 bis 2003 um über 20 Prozent gesteigert. Dabei ist die Entwicklung in den Mitgliedsstaaten höchst unterschiedlich. In Portugal, Spanien und Irland beispielsweise ist ein Emissionswachstum zwischen 80 und 140 Prozent zu verzeichnen, auf der anderen Seite mit dem geringsten Wachstum liegt Deutschland (vgl. Abbildung 1) als das rühmliche 'Schlusslicht' beim Emissionswachstum.

Eine solch hervorstechende Entwicklung verdient der genaueren Betrachtung. Was hat sich in der Verkehrslandschaft in Deutschland getan, dass es so gegenüber den anderen Industriestaaten herausragt? Diese Frage wäre eine eingehende wissenschaftliche Untersuchung wert. Mangels dieser werden im Folgenden Ansätze für eine Antwort gebracht.

Foto: Manfred Treber

Mit innovativen Konzepten – hier die Zweisystem-Stadtbahn in Karlsruhe – lässt sich die Fahrgastzahl vervielfachen.

Abbildung 1: Verkehrsleistung und Emissionsentwicklung im Straßenverkehr



Quelle: EEA, Eurostat, S.39

Die Treibhausgasprojektionen für EU-15 wurden auf der Basis von 14 von Mitgliedsstaaten berichteten Projektionen berechnet. Die prozentuale Abweichung 2003-2010 dieser 14 Mitgliedsstaaten wurde auf EU-15 angewandt. Dort, wo keine Balken sind, wurden keine Angaben durch die Staaten gemacht.

Der PKW verliert Marktanteile

Der technische Fortschritt zu verbrauchsärmeren Autos hält an, wenn auch die Fahrzeuge schwerer (bis zum Geländewagen) und besser ausgestattet (Klimaanlagen) werden. Doch dies schlägt sich nur in Emissionen nieder, wenn die Fahrzeuge bewegt werden. Was ist hier festzustellen? Der Modal Split (d.h. der Marktanteil gemessen in Verkehrsleistung [Personen-Kilometer]) des Öffentlichen Verkehrs (ÖV) und der Schiene im Besonderen hat in den letzten drei Jahren laut Wettbewerbsbericht 2006 der Deutschen Bahn jedes Jahr zugenommen. Der ÖV (und der Flugverkehr) haben also am Markt zugelegt, der motorisierte Individualverkehr (MIV) hat abgenommen. In Zahlen waren das für den MIV: Abnahme von 2002 auf 2003 um 0,5 % sowie jeweils um 0,4 % von 2003 auf 2004 und von 2004 auf dann 80,9 % Marktanteil im Jahr 2005.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Wesentlich war die Entwicklung des Rohöl- und des Benzinpreises, vielleicht auch die Kaufkraftentwicklung in der Bevölkerung und die Arbeitsmarktreform (Hartz IV). Ohne einen attraktiveren Öffentlichen Verkehr mit besserer Qualität sowie preiswerten und kundenspezifischen Angeboten (vgl. Kasten) hätte der Kunde jedoch

wenig Ausweichmöglichkeit gehabt. Sind die letzten drei Jahre – und 2006 als viertem Jahr deutet vieles darauf hin, dass sich diese Entwicklung fortsetzt – die Ausnahme, oder hat hier ein Trend begonnen, der sich mittelfristig fortsetzt oder fortsetzen kann? Festzustellen ist auf jeden Fall, dass der MIV seit 1999, dem Jahr der Einführung der Ökosteuer, zurückgeht. Die Diskussion um 'Peak Oil' (weltweites Rohöl-Fördermaximum) beginnt gerade, in weiteren Kreisen aufgenommen zu werden, manche Stimmen sind zu vernehmen, die einen deutlich höheren Ölpreis erwarten, und Einzelne (wie der Bush-Berater Simmons) wetten schon darauf, dass der Ölpreis im Jahr 2010 bei 200 US$ pro Fass liegt.

Die Formulierung "mittelfristig fortsetzt oder fortsetzen kann" in der obigen Frage zur Fortsetzung des Trends ist wohlabgewogen, denn es bedarf eines offensiven Einsatzes der Politik, damit dies geschieht. Dabei droht der Bund mit dem Gegenteil. Der Entwurf von Finanzminister Steinbrück zur Kürzung der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr ist vom Bundeskabinett beschlossen. Dies würde zu drastischen Qualitätseinschnitten (auch beim quantitativen Angebot der verkehrenden Züge) führen und den zaghaften Umschwung hin zu einer nachhaltigeren Verkehrsstruktur in Deutschland abrupt stoppen. So sind die Bundesländer kräftig dabei zu unterstützen, sich einer Kürzung der Regionalisierungsmittel zu widersetzen, wenn im nächsten Jahr deren Revision ansteht. Die Folgen eines möglichen Börsengangs der Deutschen Bahn als weiterer großer politischer Intervention können hier nicht erörtert werden.

Beispiele für attraktiven Öffentlichen Verkehr

1. Die Zwei-System-Stadtbahn ('Karlsruher Modell'), die sowohl auf Gleisen der Staatsbahn als auch auf denen der Straßenbahn bis ins Stadtzentrum fahren kann, führte zu Nachfragesteigerungen um ein Mehrfaches. Jeder zweite Fahrgast hat ein Auto zur Verfügung und sich dennoch für die Fahrt mit der Bahn entschieden.
2. In Deutschland bedauerlich nur rudimentär, ist weltweit eine Straßenbahn-Renaissance zu verzeichnen mit Frankreich als Zentrum und Teneriffa, Toulouse und Bergen als jüngsten Beispielen. Die Erschließung der Innenstadt mit der Schiene ist ein exzellentes Instrument zur Revitalisierung der Innenstadt ('Die Stadtbahn schiebt den Handel an'). Viel zu wenig wird dabei berücksichtigt, dass sich die Städte mit der Einrichtung von schienengebundenen Nahverkehrssystemen mit Elektrotraktion von der Ölpreisentwicklung unabhängiger machen.
3. Mit dem Rhein-Neckar Ticket als neu eingeführter netzweit gültigen Jahreskarte des Verkehrsverbunds Rhein-Neckar (VRN) können sich 'normale' Erwachsene für gut 60 Euro im Monat im bisher 7.500 bzw. ab Juni 2006 10.000 Quadratkilometer großen Verbundraum bewegen - der Preis einer Verbundnetzkarte lag vorher doppelt so hoch. Im VRN sind mehr als 90 Prozent der Fahrgäste von den Schülern (MAXX-Ticket über Studierende (Semester-Ticket) und Erwerbstätige (Job-Ticket) bis zu SeniorInnen (Karte ab 60) die Inhaber einer Jahreskarte oder eines Semester-Tickets, welche die Nutzung des gesamten Verbundraumes (von Wissembourg in Frankreich bis Würzburg) erlauben.
4. Qualitativ hochwertige Angebote im Schienenpersonennahverkehr mit neuen Fahrzeugen und Konzepten (etwa die Ausweitung des Integralen Taktfahrplans oder die Einführung eines vollständig neuen S-Bahn-Systems (Ballungsraum Rhein-Neckar)) und neuen Anbietern nach der Ausschreibung von Strecken (metronom) schlagen sich in vermehrter Nachfrage nieder.

Vision für 2040

Verlassen wir den Boden gesicherter Fakten noch weiter und blicken hoffnungsvoll in eine (gestaltbare?) Welt mit weniger Autoverkehr und niedrigeren Treibhausgasemissionen. In dieser Welt verliert der MIV in den nächsten Jahrzehnten beständig Modal-Split-Anteile. Sinkt dieser gleichbleibend um jährlich ein dreiviertel Prozent, hat er gegen das Jahr 2040 nur noch 60 % Marktanteil. Beläuft sich der Rückgang auf ein halbes Prozent jährlich – das ist, was wir in den letzten drei Jahren festgestellt haben –, hat der MIV erst nach 2060 die genannten 60 Prozent Marktanteil. Es steht außer Frage, dass so eine Entwicklung nur möglich ist, wenn die Kapazitäten des ÖV kräftig ausgebaut werden. Zu bemerken ist bei diesem Gedankenspiel zudem, dass eine solche Entwicklung nur real werden kann, wenn die Rahmenbedingungen immer wieder neu so gesetzt werden, dass der Öffentliche Verkehr am Markt Anteile gewinnt. Denn es gibt viele strukturelle Gründe (wie individualisierter Lebensstil, Arbeitsmarkterfordernisse, Siedlungsstruktur), die a priori dem MIV in die Hand spielen und seine Position verbessern. Der Aufrichtigkeit halber sollte noch eine weitere Brücke von der Vision zur Realität geschlagen und Wasser in den Wein gegossen werden: Die Argumentationskette zum Personenverkehrswachstum der Bahn war schlüssig, weil als Basisjahr 2002 gewählt wurde. Vorher war die Entwicklung nicht genauso geradlinig.

Der Beitrag handelte vom Personenverkehr, bei dem die reale Entwicklung, was Emissionen angeht, besser ist als beim Güterverkehr, wo die Schiene seit 2002 auch jährlich Marktanteile gewinnt (gut zum Merken ist hier, dass im Jahr 2005 auf der Schiene 90 Mrd. Personenkilometer[2] und zufällig auch 90 Mrd Tonnenkilometer erbracht wurden). Eine Modal-Split-Umkehr weg von der Straße ist beim Güterverkehr noch schwieriger zu erreichen als beim Personenverkehr und bedarf deshalb ebenso politischer Interventionen, beispielsweise bei der Internalisierung der externen Kosten über eine viel stärkere Bepreisung der Straßeninfrastruktur.

Manfred Treber

Der Autor ist Klima- und Verkehrsreferent bei Germanwatch.

[1] Greenhouse gas emission trends and projections in Europe 2005, EEA Report No 8/2005, ISSN 1725-9177

[2] Dies setzt sich zusammen aus 75 Mrd Pkm von der 'schweren Schiene' (Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung - EBO - ist gültig, darunter 34 Mrd Pkm im Schienenpersonenfernverkehr und 41 Mrd Pkm im Schienenpersonennahverkehr) sowie 15 Mrd Pkm von der 'leichten Schiene' (U- und Stadt-/Straßenbahnen, die unter der Strassenbahn-Bau- und Betriebsordnung - BOStrab - fahren).

Post-2012 Klimaverhandlungen haben begonnen

Zögerliches ‚Mikadospiel' muss beendet werden

Nach jahrelangem Warten auf das Inkrafttreten des Kioto Protokolls geht es nun endlich voran - das war die Stimmung, mit der die Teilnehmer die elfte Vertragsstaatenkonferenz (COP11 und COP-MOP1) in Montreal Ende letzten Jahres verließen.

Man hatte das Gefühl, dass die Weltgemeinschaft unter der engagierten COP-Präsidentschaft der kanadischen Regierung – mit Ausnahme der USA, Australiens und Saudi Arabiens – sich endlich mit Entschlossenheit dem Thema „post-2012" zuwandte.

Es wurden mehrere Verhandlungsprozesse beschlossen, die sich mit der Frage auseinandersetzen, was nach dem Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Protokolls kommen soll. Im Rahmen des Kioto-Protokolls sollten während des 24. Treffen der Subsidiary Bodies der Klimarahmenkonvention in Bonn (SB24) im Mai 2006 die Verhandlungen zu neuen Reduktionszielen für Industrieländer beginnen und man kreierte eine „Ad-hoc working group", kurz AWG. Man einigte sich in Montreal zudem auf Verhandlungen zu Entwaldung in tropischen Ländern, und im Rahmen der Klimakonvention zu einem „Dialog" zu langfristiger Kooperation, bei der auch die USA und Australien mit am Tisch sind.

Der Beginn dieser post-2012 Verhandlungen gestaltete sich bei der zweiwöchigen Mai-Sitzung (SB24) als eher zäh. Zwar gehen die Verhandlungen bei der AWG oder bei Entwaldung durchaus voran, es fehlt jedoch die Dynamik, die es braucht, um rechtzeitig in 2008 zu Verhandlungsergebnissen zu kommen. Beim Dialog sprach man über Prozedere und redete sich warm; was dieser Dialog genau beisteuern kann, wird sich wohl erst bei der nächsten Sitzung während der COP12 in Nairobi Ende 2006 zeigen. Bei den leicht angespannten Verhandlungen der AWG konnten sich die G77 und Industriestaaten auf einen akzeptablen Kompromiss zumindest für den ersten Teil des Arbeitsprogramms einigen. In Nairobi wird es in die nächste Verhandlungsrunde gehen.

Mehr Sitzungen nötig

Und hiermit ist schon das erste Problem deutlich, halbjährliche Sitzungen um ein solch komplexes, politisch sensibles Thema abzuarbeiten sind alles andere als angemessen. Es braucht eine Entscheidung der Staaten, die weitaus mehr Sitzungen zwischen den regulären Terminen der Klimaverhandlungen festlegt. Die EU-Länder könnten hier helfen, indem sie schon jetzt Gelder in ihren Haushalt einstellen, um solche Extra-Sitzungen zu ermöglichen. Die zweite Herausforderung für die COPMOP2 in Nairobi wird sein, die Montrealer Prozesse weiter auszugestalten, um das gesamte Protokoll und die Konvention im Lichte der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Dringlichkeit zu überprüfen.

Keiner wagt den ersten Schritt

Im Endeffekt aber zeigte sich bei der SB24 in Bonn eines ganz deutlich: noch zeigt kein Land und schon gar keine Koalition von Länder den ausreichenden Mut, sich bei den Verhandlungen durch konkrete eigene Verpflichtungen aus dem Fenster zu lehnen. Stattdessen bekam man das Gefühl, jeder wartet auf die anderen, den ersten Schritt zu machen. An dieser Stelle sind auch NRO und Zivilgesellschaft gefragt - sie müssen deutliche Forderungen an ihre Regierungen stellen, wonach jedes Land seinen Beitrag leisten muss und allen voran die Industrieländer, um eine katastrophale Erwärmung um 2°C zu vermeiden. Noch ist es möglich. Wer wagt es, den Anfang zu machen und stellt sich der Herausforderung? Deutschland - in der Vergangenheit ein Vorreiter in Sachen Klimaschutz - wäre ein guter Kandidat, diesem „Mikado-Spiel" ein Ende zu bereiten und sich unmissverständlich und bedingungslos zu einem Klimaziel von 40% bis 2020 zu bekennen und den anderen Ländern ein Beispiel zu sein.

Kathrin Gutmann

Die Autorin arbeitet für das Global Climate Change Programme des WWF International.

Aktuell

Acht große Puppen kämpfen für gerechten Welthandel

Aktionsjahr von Gerechtigkeit jetzt! eröffnet

Wenn 2007 in Heiligendamm an der Ostsee der G8-Gipfel stattfindet, werden Medien und Politik ihre Augen auf Deutschland richten. Diese Aufmerksamkeit will Gerechtigkeit jetzt! die Welthandelskampagne nutzen, um über die Missstände im Welthandel zu informieren und für Engagement für einen gerechten Welthandel aufzurufen. Mit acht Großpuppen und etlichen Gegenspielern eröffnete das Aktionsbündnis am 13. Mai 2006 in der Kölner Innenstadt unter den neugierigen Blicken der Passanten das Aktionsjahr „WTO - Weltweit Taube Ohren?".

Wer am 13. Mai vormittags durch die Kölner Innenstadt bummelte, dem konnte es passieren, dass ihm plötzlich acht riesige Puppen entgegenkamen. Merkwürdige Gestalten, mit grimmigen Gesichtern. Sie symbolisieren die Regierungschefs der acht führenden Nationen im Welthandel, den USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Kanada, Italien, Großbritannien und Russland. Zwischen ihnen liefen Umweltschutz, Menschenrechte, Vielfalt und Entwicklungschancen umher und rangen um ihre Aufmerksamkeit. Aber die acht Mächtigen konnten sie nicht hören, denn sie hatten Stöpsel in den Ohren.

Noch verschließt die WTO ihre Ohren für die Interessen der Entwicklungsländer, für Menschenrechte und Umweltschutz. Aber die vielen Passanten, die die Puppenparade in Köln neugierig beobachteten, haben deutlich gezeigt, dass sie die Aktion befürworten und den Einsatz für einen gerechten Welthandel unterstützen. Interesse, Nachdenken und schließlich eigenes Handeln - darauf setzt Gerechtigkeit jetzt!. Denn wenn der Druck aus der Bevölkerung größer wird, dann wird sich auch die Politik dem Thema nicht mehr verschließen können. „Wir möchten die Bevölkerung aufmerksam machen, was in der Welthandelspolitik passiert und dass

sie nicht nur die großen Industrien und Betriebe und weit entfernte Länder betrifft, sondern ganz konkrete Auswirkungen auf unser eigenes Leben hat" erklärt Susanne Luithlen, Koordinatorin des Aktionsbündnisses. „Mit den unterschiedlichsten Aktionen wollen wir die Bevölkerung über einen gerechten Welthandel informieren und Druck auf die Politiker ausüben, das Thema öffentlich und nicht hinter verschlossenen Türen zu diskutieren." Gerechtigkeit jetzt! will erreichen, dass sich die Politiker für Regeln einsetzen, die den Vorrang von Umweltschutz und Menschenrechten vor den Liberalisierungsinteressen vor allem großer internationaler Konzerne wirksam gewährleisten.

Umweltabkommen aufwerten!

Denn Welthandel, das ist nicht nur eine abschreckende Buchstabenarmee aus WTO, GATS, NAMA und ähnlichen abstrakten Abkürzungen. Es bedeutet auch, dass wir bei unseren alltäglichen Kaufentscheidungen in ein weltweites Netz aus Handel, Industrie und Politik verstrickt sind. Wenn also die Welthandelsorganisation (WTO) beispielsweise keinen Unterschied macht bei der Behandlung von umweltschädlich und umweltfreundlich hergestellten Produkten, da sie keine ungleich hohen Zölle zulässt, bekommen auch wir persönlich diese Welthandelspolitik zu spüren - beispielsweise in Form von Klimawandel und Umweltzerstörung. Gerechtigkeit jetzt! fordert daher, dass die bestehenden Umweltabkommen im Verhältnis zu WTO-Recht aufgewertet und gestärkt werden und dass die Umsetzung der Regeln von einer von der WTO unabhängigen Instanz kontrolliert wird.

Vor allem sind die derzeitigen Handelsregeln ungerecht, weil sie die Interessen der großen, multinationalen Konzerne aus den Industrieländern unterstützen und den ärmeren Ländern wenige Chancen für ihre Entwicklung lassen. Umweltschutz im Welthandel ist daher nur eines der fünf wichtigsten Handelsthemen, für die sich Gerechtigkeit jetzt! einsetzt. Der Zugang zu sauberem Wasser, zu Bildung und medizinischer Versorgung für alle Menschen, die demokratische Kontrolle der Welthandelspolitik, die Chance auf eine industrielle Entwicklung und die Ernährungssicherheit auch in armen Ländern sind weitere Forderungen.

Um die Politik beeinflussen zu können, muss die Bevölkerung zeigen, dass sie bei dem Thema mitreden will und wie sie zu den Diskussionen steht. Das Aktionsjahr bietet daher viele Möglichkeiten, sich über die Auswirkungen der Politik der G8 in Welthandelsfragen zu informieren und bei der ein oder anderen Aktion mitzumachen. Jeder kann sich einsetzten, ob mit großen Aktionen wie der Puppenparade vor dem Kölner Dom, durch die Unterschrift auf einem Brief an Bundeskanzlerin Merkel oder durch einen Justitia-Anstecker als Symbol für Gerechtigkeit im Welthandel.

Das Aktionsbündnis will erreichen, dass die Politiker sehen, wie viele Menschen sich interessieren und engagieren, für einen gerechteren Welthandel - jetzt.

Andrea Nowotny

Die Autorin ist Pressesprecherin von Gerechtigkeit jetzt!

Weitere Informationen, einen Veranstaltungskalender und Aktionstipps gibt es im Internet unter www.gerechtigkeit-jetzt.de oder www.weltweit-taube-ohren.de

Schutz von Wäldern und Meeren dringende Chefsache

Deutschland muss Konvention über Biologische Vielfalt retten

Die Achte Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) im brasilianischen Curitiba hat gezeigt, dass zukünftig auch die EU-Länder sowie andere Industrieregionen ihren eigenen ökologischen Fußabdruck durch die Ausbeutung der biologischen Ressourcen sowie durch den internationalen Handel zur Verhandlung stellen müssen. Sonst setzt sich der Stillstand beim Schutz der Biodiversität fort.

Vor der Vertragsstaatenkonferenz vom 20. bis 31. März war allen 188 Vertragsstaaten (die USA hat bis heute nicht ratifiziert!) klar, dass die Geschwindigkeit, mit der Tier- und Pflanzenarten aussterben, heute 1000 mal höher als zu prähistorischer Zeit, also bevor es Menschen auf der Erde gab. Im so genannten Millennium Ecosystem Assessment haben letztes Jahr über 1000 Wissenschaftler geschätzt, dass sie sich bis zum Jahr 2050 nochmals verzehnfachen wird.

Zu Beginn der diesjährigen CBD-Konferenz hatte Greenpeace neue Karten über die noch verbliebenen, letzten intakten Waldlandschaften der Erde[1] und über notwendige Schutzgebiete in der Hohen See[2] vorgelegt. Nach diesen erstmalig auf einheitlichen Kriterien basierenden und Satelliten-gestützten Waldkarten gibt es noch in 148 Ländern Waldvegetation, davon allerdings nur in 66 Ländern intakte Waldlandschaften. In der Hälfte dieser Länder machen die intakten Waldlandschaften jedoch nur noch weniger als zehn Prozent der gesamten Waldfläche aus.

Der Autor der Greenpeace-Meereskarten, der als Meeresnaturschutzspezialist ausgewiesene britische Wissenschaftler Professor Callum Robert, fordert 40% der Weltmeere strikt zu schützen, um die Artenvielfalt, aber auch die Fischbestände, langfristig zu sichern. Beide Kartenwerke machen deutlich, dass der Biodiversitätsschutz sich nicht in kleinen Schritten nach vorne (schon gar nicht zurück) bewegen sollte, sondern dass es auf der höchsten politischen Ebene substantieller Weichenstellungen bedarf.

Neue Finanzierungsinstrumente nötig

Eine dieser Weichenstellungen liegt sicher in der Finanzierung von Biodiversitätsschutz. In Curitiba haben die Vertragsstaaten die Verhandlungen zum Abbau der umweltschädlichen Subventionen nicht ansatzweise genutzt, sondern die Zuständigkeit der CBD vor dem Hintergrund der andauernden WTO-Verhandlungsrunde (v.a. zu Agrarsubventionen) in Frage gestellt. Die Umsetzung der CBD wird finanziell immer abhängiger von der Globalen Umweltfazilität (GEF), denn die Industriestaaten wollen kein zusätzliches Geld für die Finanzierung der Einrichtung des langfristigen effektiven Managements zusagen. Mit der Ankündigung der USA - als Hauptgeldgeber der Globalen Umweltfazilität (GEF) für Klima- und Artenschutz - ihren Beitrag zu halbieren, ist die Umsetzung der CBD in eine tiefe Krise gestürzt. Somit sind neue Finanzierungsinstrumente und -mechanismen notwendig. Auch Gastgeber Brasilien hat hier keine neuen Impulse gegeben und keine neuen Finanzierungswege für den Artenschutz vorgeschlagen. Immerhin soll das Sekretariat der CBD nun verschiedene Optionen für die Finanzierung von Schutzgebieten zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz 2008 vorschlagen, die dort verhandelt werden.

Illegaler Holzeinschlag und zerstörerische Fischerei

Der Kampf gegen Kriminalität ist Kernaufgabe jeder Regierung. Umso erstaunlicher war es, dass es auf dieser Konferenz keine Fortschritte im Kampf gegen illegalen und zerstörerischen Holzein-

schlag und Fischerei gab. So wurde nicht einmal, wie von einer großen Anzahl von Ländern gefordert, die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit höchster Dringlichkeit aufgerufen die extrem zerstörerische Fischerei mit Grundschleppnetzen auf der Hohen See auszusetzen. Für Länder wie Australien, Norwegen, Island, Spanien und Japan waren die industriellen Interessen v.a. der Hochseeflotten mal wieder wichtiger als der Schutz der marinen Artenvielfalt. Eine verbindliche Zusammenarbeit auf regionaler und internationaler Ebene zum illegalen Holzeinschlag und dem damit zusammenhängenden Handel verhinderte Brasilien – obwohl Holzfäller, Viehzüchter und Soja- Farmer illegal immer weiter in den Amazonas-Urwald vordringen.

Biodiversitätsschutz zur Chefsache erklären

Deutschland hat in Curitiba zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz 2008 eingeladen. Damit haben Bundeskanzlerin Merkel und allen anderen voran Bundesumweltminister Gabriel Verantwortung dafür übernommen, dass der Biodiversitätsschutz ähnlich wie der Klimaschutz auf höchster politischer Ebene endlich ernsthaft angegangen wird. Denn werden z.B. die letzten Urwälder nicht dauerhaft geschützt, wird unser Klima mit bis zu 25% des klimawirksamen CO_2 aus Entwaldung angeschürt. Da 2008 ein Schwerpunkt der Agenda der CBD der Schutz der Wälder sein wird, hat Bundesumweltminister Gabriel angekündigt sich im Bereich des Urwaldschutzes besonders zu engagieren. Auch wolle er beim Schutz der sensiblen Hochsee-Ökosysteme die Weichen für zügige Schutzmaßnahmen stellen sowie neue Finanzierungsinstrumente entwickeln.

Sollen diesen begrüßenswerten Ankündigungen substantielle, international verbindliche Beschlüsse folgen, müssen die eigentlichen Herausforderungen beim Schutz der Artenvielfalt von Urwäldern und Meeren sowohl innerhalb der deutschen Bundesregierung als auch auf internationaler Ebene angegangen werden: Wie kann der negative Einfluss der Wirtschaftsliberalisierung der Welthandelsorganisation WTO bei der notwendigen Regelung des Handels mit biologischen Ressourcen – selbst mit solchen aus illegalen Quellen – ausgeschaltet werden? Werden internationale Steuern zur Finanzierung von Urwald- und Meeresschutz bei anhaltenden Haushaltskrisen der Geberländer endlich eingeführt? Dazu könnte und sollte Bundeskanzlerin Angela Merkel die deutschen G8- und EU-Präsidentschaften nutzen. So könnte die Vertragsstaatenkonferenz 2008 in Deutschland ein Meilenstein für Urwald- und Meeresschutz, für Klimaschutz sowie für eine ökologisch erträgliche und sozial gerechte wirtschaftliche Nutzung biologischer Ressourcen werden.

Martin Kaiser

Der Autor koordiniert die Internationale Politik zu Wäldern und Biodiversität für Greenpeace.

[1] (http://www.greenpeace.org/forestmaps)
[2] (http://www.oceans.greenpeace.org/highseas-report)

Kaum der Rede wert

Die Ergebnisse der ABS-Verhandlungen in Curitiba

Wer von der 8. Vertragsstaatenkonferenz (COP-8) der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) Ende März im brasilianischen Curitiba bahnbrechende Ergebnisse erwartete, wurde enttäuscht. Die ABS-Verhandlungen[1] machten da keine Ausnahme.

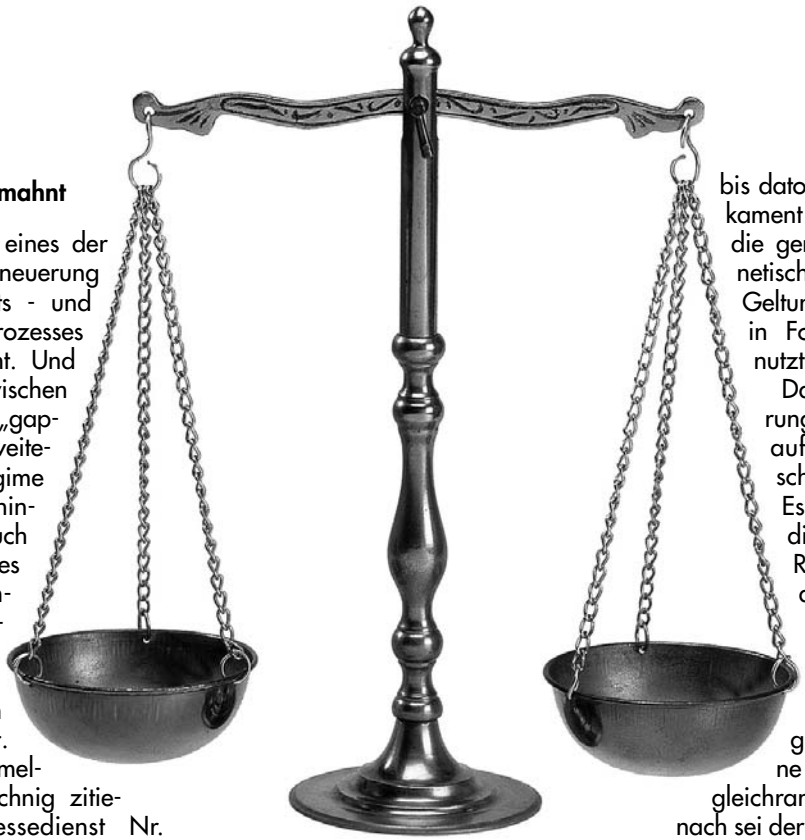
Es brauchte sehr viel Optimismus zu glauben, dass die Blockade der Industrieländer in Curitiba durchbrochen werden könnte. Denn diese versuchen seit Jahren erfolgreich, ein Verhandlungsergebnis hinauszuzögern, das den ungeregelten Zugang ihrer Konzerne zu den genetischen Ressourcen und dem traditionellen Wissen des Südens verhindert. Dass dies von Entwicklungsländern und NGOs weltweit als Biopiraterie gebranntmarkt wird, hat bislang offenbar keinen entscheidenden Einfluss auf die Position der Industrieländer.

Eine unendliche Geschichte?

Bereits beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg torpedierten die Industrieländer einen Beschluss für ein Regime zum Benefit Sharing, d.h. zum gerechten Vorteilsausgleich. Die Entwicklungsländer forderten, dass eine Beteiligung an den Gewinnen, die aus der Nutzung ihrer Ressourcen und des Traditionellen Wissens entstehen, völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben würde. Immerhin gelang es ihnen bei COP-7 in Malaysia 2004, ein - wenig konkretes - Verhandlungsmandat durchzusetzen. Insbesondere die EU bestand allerdings weiter auf ihrem Lieblingsprojekt einer „gap-analysis", d.h. einer Analyse, die feststellen soll, welche Bereiche überhaupt einer neuen Regelung bedürfen - ein langwieriger Prozess, der verbindliche Regeln auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausschiebt. Die nächste Runde ging dann wieder an die Industrieländer: die ABS-Arbeitsgruppe in Bangkok im Februar 2005 kam über eine Umgruppierung der Ergebnisse von Malaysia nicht hinaus. Die zweite Arbeitsgruppe Ende Februar 2006 im spanischen Granada produzierte immerhin einen Text, der allerdings kaum eine Passage enthielt, die nicht geklammert und somit nicht umstritten gewesen wäre.

Unklare Verhandlungsgrundlage

Bereits in Granada weigerten sich die Industrieländer, das Konferenzergebnis als Resultat von oder Grundlage für Verhandlungen zu betrachten. Da konnte es kaum überraschen, dass es in Curitiba Streit um den Stellenwert des Granada-Textes gab. Sollte er DIE oder EINE Grundlage für die weiteren Verhandlungen sein? Und geht es hier überhaupt um Verhandlungen oder lediglich um Gespräche? Eine Lösung wurde irgendwo dazwischen gefunden.



Fortschritte werden angemahnt

Gleichwohl war damit eines der Hindernisse für eine Erneuerung des Verhandlungsmandats - und damit den Fortgang des Prozesses - aus dem Weg geräumt. Und immerhin hat die EU inzwischen zugestanden, dass die „gap-analysis" parallel zu der weiteren Arbeit an einem Regime laufen und diese nicht behindern soll. Erfreulich ist auch die neue Positionierung des für die CBD-Verhandlungen federführenden Bundesumweltministeriums, das nun auch rechtlich verbindliche Maßnahmen im ABS-Bereich fordert. Das BMU in einer Pressemeldung, Staatssekretär Machnig zitierend, hierzu (BMU-Pressedienst Nr. 067/06, 29.03.2006): „Fortschritte mahnte Machnig auch bei der Verteilung der Gewinne aus der Nutzung der biologischen Ressourcen, die z.B. für die Entwicklung von Pharmaprodukten genutzt werden, an. 'Das ist ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit, insbesondere für die Entwicklungsländer. Notwendig sind u.a. rechtlich verbindliche Maßnahmen, um einen gerechten Vorteilsausgleich für Bereitsteller, Nutzer und Nutzerländer zu erzielen. Deutschland hat ein großes Interesse, dass die Verhandlungen über ein internationales Regime für den Zugang und den Vorteilsausgleich erfolgreich abgeschlossen werden können'."

Dies unter Beweis zu stellen, dazu hat Deutschland spätestens in zwei Jahren eine hervorragende Gelegenheit. Für COP-9 im Juni 2008 hat die Bundesregierung nämlich nach Bonn eingeladen. Von daher wird sie ein Interesse an greifbaren Konferenzergebnissen haben. Und, das hat auch Curitiba wieder gezeigt, diese werden ohne Zugeständnisse an die Entwicklungsländer im ABS-Bereich kaum zu haben sein. Das wissen natürlich auch Länder, die noch stärker als die EU auf der Bremse stehen. Deshalb haben sie sich in Curitiba gegen einen Abschluss der ABS-Verhandlungen bis COP-9 gewehrt. Dies soll nun zum frühest möglichen Zeitpunk vor COP-10 der Fall sein.

Anwendungsbereich des ABS-Regimes

Ein Durchbruch wäre es schon, wenn bis COP-9 der Anwendungsbereich des Regimes geklärt wäre. Soll sich dieser auf die Nutzung aller Bestandteile oder lediglich auf die Gene einer genetischen Ressource beziehen? Diese Frage konnte auch in Curitiba nicht geklärt werden, nun sollen die beiden Sitzungen der ABS-Arbeitsgruppe eine Lösung herbeiführen. Das wird schwierig genug, geht es hier doch ums Eingemachte. Während die Entwicklungsländer fordern, alle Bestandeile einer genetischen Ressource in das ABS-Regime, insbesondere in seine Vorschriften zum Vorteilsausgleich, aufzunehmen, stehen die Industriestaaten auf dem Standpunkt, dass alle Teile von genetischen Ressourcen, die kein genetisches Material mehr enthalten und alle Derivate (weiter verarbeiteten Produkte) nicht durch ein ABS-Regime gedeckt sind.

Sollten sich die reichen Länder mit dieser Auffassung durchsetzen, wäre ein Verhandlungsabschluss ein Pyrrhussieg. Offenkundig macht ein ABS-Regime nur dann Sinn, wenn es einen Konflikt regelt, der im wirklichen Leben auch Bedeutung hat. Der zurzeit ökonomisch wichtigste Bereich, den ABS regulieren soll, ist die Entwicklung von Medikamenten auf der Basis genetischer Ressourcen. Nun enthalten aber Medikamente (zum Beispiel aus Pflanzen) deren Gene gar nicht mehr, bis dato ist noch kein einziges Medikament entwickelt worden, das direkt die genetische Information aus genetischen Ressourcen, die sich im Geltungsbereich der CBD befinden, in Form rekombinanter Proteine nutzt.

Damit liefe eine ABS-Regulierung, deren Geltungsbereich sich auf Gen-Informationen beschränkt, tatsächlich ins Leere. Es wäre naiv zu glauben, dass die Lobby der Industrie und die Regierungen der Industrieländer dies nicht wüssten.

Politisches Gleichgewicht der CBD erhalten

Schon seit längerem propagieren einige Regierungen eine Hierarchie unter den drei gleichrangigen Zielen der CBD. Danach sei der Schutz der biologischen Vielfalt das Hauptziel, nachhaltige Nutzung und Vorteilsausgleich wären nachgeordnet. Allerdings seien sie gewarnt: Würden sie sich durchsetzen, hätten sie auf einen Schlag das politische Gleichgewicht der CBD zerstört. Denn für die Entwicklungsländer wäre der Deal von Rio 1992 - Zustimmung zum Schutzgedanken der CBD gegen Zusicherung der Souveränität über die genetischen Ressourcen und eines Vorteilsausgleichs bei deren industrieller Nutzung - praktisch wertlos, die dritte Säule, auf der die CBD steht, also die gerechte Aufteilung der Vorteile, würde wegbrechen. Damit hätten die Industrieländer gleichzeitig ihre Glaubwürdigkeit in Sachen Schutz der biologischen Vielfalt verloren. Die CBD würde in der Bedeutungslosigkeit versinken. Dieses Szenario nicht Wirklichkeit werden zu lassen, ist die wichtigste Aufgabe des Gastgebers der nächsten Vertragsstaatenkonferenz.

Michael Frein/Hartmut Meyer

Michael Frein ist Referent für Handel und Umwelt beim EED sowie Mitglied des Leitungskreises des Forums Umwelt und Entwicklung, Hartmut Meyer ist Berater im Bereich genetische Ressourcen und ABS.

[1] Die Verhandlungen zu Access and Benefit Sharing (ABS) befassen sich mit der Regelung des Zugangs zu biologischer Vielfalt und der gerechten Aufteilung der Vorteile aus ihrer Nutzung.

Kennzeichnung von Gentechnik im internationalen Handel

Der Sieg von Curitiba, der keiner ist.

Auf der Dritten Konferenz der Vertragsstaaten zum Cartagena-Protokoll zur Biologischen Sicherheit, 13.3. - 17.3.2006 in Curitiba, Brasilien, wurde unter anderem über die internationalen Kennzeichnungsbestimmungen für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) verhandelt. Internationale NGOs waren maßgeblich daran beteiligt, dass die Verhandlungen nicht gescheitert sind.

Wir haben gut gekämpft. Obwohl eine Vertreterin der deutschen Bundesregierung gemeint hatte, wir NGOs könnten Neuseeland nicht beeinflussen, waren die Neuseeländer schon kurz darauf kein Problem mehr. Die Greenpeace´ler in Curitiba bei den Verhandlungen zum Cartagena-Protokoll hatten es wirklich geschafft mit Hilfe von Greenpeace-Neuseeland einen Brief an wesentliche neuseeländische Zeitung zu lancieren, der von vielen NGOs in Curitiba verfasst worden war. Darin wird die neuseeländische Regierung bezichtigt, sich auf internationaler Ebene zum Erfüllungsgehilfen der USA zu machen und eine Kennzeichnung von Gentechnikware abzulehnen, obwohl Neuseeland zu hause eine strenge Kennzeichnungsverordnung hat. Der Brief war einigen Zeitung einen Leitartikel wert. Diese Peinlichkeit führte zu neuen Direktiven aus der Hauptstadt.

Kennzeichnungspflicht

Eine jahrelange Blockade der Verhandlungen zur Umsetzung von Artikel 18.2 der Konvention zur Biologischen Sicherheit[1] schien gelöst zu sein.

Nun stand der Verpflichtung zur Kennzeichnung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in internationalen Schiffsladungen scheinbar nichts mehr im Wege. Der Weg schien frei, nachdem einen Tag vorher die brasilianische Regierung gekippt war. Lula persönlich hatte sich auf die Seite seiner Umweltministerin Marina Silva gestellt und den Widerstand der brasilianischen Ölsaatenlobby gegen jegliche Dokumentierung von GVO – vertreten durch seinen Agrarminister Rodrigues – gebrochen. Doch weit gefehlt. Obwohl nicht Vertragsstaatenkonferenz des Cartagena- Protokolls, schickten die USA ihre 'ferngelenkten Marschflugkörper' in die Schlacht. Plötzlich verlas Paraguay einen Text, der dem Landesvertreter direkt vor versammelter Mannschaft von Argentinien übergeben worden war, nachdem Argentinien kein Antragsrecht bekommen hatte, da es auch kein Mitglied ist.[2] Der Staffelstab der Verweigerung war von Neuseeland weitergegeben worden. Paraguay hatte bisher keine Stimme erhoben gehabt. Peinlich genug: Der Delegierte verlas den ihm fremden Text fehlerhaft; statt „Biosafety Clearing House" las er: Biosafety Cleaning House. Doch das Lachen blieb einem im Hals stecken, als Mexiko aus dem Nichts auftauchte und dem fertigen Verhandlungstext seine Weihe entzog.

Das war ein harter Brocken für den Verhandlungsverlauf. Da nutzte es auch nichts, dass wir über das weltweite Netzwerk freier Radiostationen noch am nächsten Morgen auf 30 mexikanischen Sendern einen Text verlesen lassen konnten, in dem die mexikanische Regierung der Blockade eines Konsens bezichtigt wurde.

Dennoch, in letzter Minute nach hartem Ringen gab es eine Einigung, schwach zwar, aber immerhin kein Scheitern der Konferenz. Obwohl der Kompromiss den NGO-Forderungen nicht entsprach, ist es doch besser, überhaupt einen Kompromiss erzielt zu haben, als das ganze Vertragswerk zu gefährden.

Gentechnikanwender bekämpfen Cartagena-Protokoll

Das Cartagena-Protokoll steht auf der Kippe. Obwohl 132 Staaten es inzwischen ratifiziert haben, fehlen die eigentlichen Gentechnikanwender. Sie bekämpfen das Protokoll nach allen Regeln der Kunst, allen voran die USA. Den Philippinen wird z.B. offen gedroht, dass sie die guten US-Beziehungen gefährden, wenn sie das Protokoll ratifizieren. Das WTO-Urteil zum Gentechnik-Streitfall der USA gegen das Moratorium der EU[3] lässt die Verteidigung der EU nicht gelten, die sich teilweise auf das Cartagena-Protokoll als internationalen Standard berufen hatte. Wenn eine Streitpartei nicht Mitglied des internationalen Abkommens ist, kann dieses angeblich nicht zur Rechtfertigung herangezogen werden, auch wenn es der einzige internationale Standard zu der Frage ist. Wenn dem so ist, brauchen die USA, Argentinien, Kanada usw. einfach nicht beizutreten. So können sie ihre Version von einem „angemessenen Sicherheitsniveau" bei Gentechnik-Food der Welt überstülpen. Denn diese Länder sind es, die Gentechnikware weltweit verbreiten und die klagende Parteien in allen Streitfragen zur Gentechnik sind.

Beschlüsse

Was ist nun beschlossen? Ausgewiesen müssen nur solche GVO im internationalen Handel werden, deren Identität bekannt ist. Für Ware, bei der man nicht weiß, ob sie Gentechnik enthält oder nicht, reicht es gegenüber dem Importstaat aus, lediglich darauf hinzuweisen sie: „könnte Gentechnik enthalten". Länder, die also keine Identitätssicherungssystem umgesetzt haben, was bei allen Gentechnik anwendenden Ländern der Fall ist, brauchen keine Kennzeichnung für ihre Exporte. Zumindest nicht für eine Übergangszeit. Die ist jetzt auf Nimmerleinstag verschoben worden. Brasilien forderte 4 Jahre Übergangsfrist für diese so genannte „may contain"-Lösung im Vertrag, danach sollte sie gänzlich verschwinden. Jetzt heißt es, dass das Ausnahmefenster von „May contain" bei der 6. Vertragsstaatenkonferenz von Cartagena im Jahre 2012 wieder verhandelt wird. Ob die Ausnahme dann fällt ist fraglich, denn es soll lediglich „eine Entscheidung in Betracht gezogen werden". Vager ging es nicht.

„Unbeabsichtigte Verschmutzung" braucht dann nicht aufgelistet zu werden, wenn es sich um eine Verschmutzung „über die Artgrenze hinaus" handelt. Wenn also z.B. eine Warenlieferung von BT 10 Mais ausgewiesen ist, aber aus Versehen auch BT 11 Mais mitenthalten ist, dann muss dieser extra ausgewiesen werden. Sind aber transgene Segmente von einer Sojasorte in der Lieferung vorhanden, ist eine Ausweisung nicht nötig, auch wenn diese identifiziert worden sind. Da keine Schadschwellen erwähnt werden, gelten die Schadschwellen des Importlandes. An dieser Stelle sind die NGO nicht so unzufrieden.

Erfolge der Zivilgesellschaft

Wir haben gut agiert als NGOs. Mehr konnten wir nicht erreichen. Die große La Via Campesina Demonstration vor den Toren der Messehallen ist leider kaum zur Kenntnis genommen worden. Die Konferenzteilnehmer lebten in ihrer eigenen Welt, gut abgeschirmt nach außen. Es gibt scheinbar kaum eine wirkliche Alternative zum Lobbying innerhalb des Konferenzgeschehens, leider. Doch bei aller Bewunderung der hohen Kompetenz und fachkundigen juristischen Arbeit der Lobbyisten unter den NGOs, war es keine gute Erfahrung zu sehen, wie sich einige aus der kleinen Community der spezialisierten Lobbyisten von den Aktivitäten der anderen NGOs isoliert hatten. Technokraten gibt es nicht nur bei den Regierungen.

Der EED hatte für die Konferenz zusammen mit kanalB eine Video-Berichterstattung über das Geschehen innerhalb und außerhalb des Tagungsortes organisiert. Die täglichen Presseberichte, News und Texte, die auch eingestellt sind, waren die einige in Deutschland verfügbare Quelle, denn eine europäische Medienpräsenz gab es nicht. Die Web-Seite war auf Deutsch, englisch und portugiesisch. Die 25 Kurzvideos und Texte können eingesehen werden unter: www.biotec-trade-watch.org. Die Web-Seite wurde inzwischen 40.000 mal angeklickt.

Rudolf Buntzel

Der Autor ist Mitarbeiter des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED).

[1] Artikel 18.2. der Konvention zur Biologischen Sicherheit besagt: „Bei lebenden veränderten Organismen, die zur unmittelbaren Verwendung als Lebens- oder Futtermittel oder zur Verarbeitung vorgesehen sind, muss aus den Unterlagen deutlich hervorgehen, dass diese Produkte lebende veränderte Organismen „enthalten können" und dass sie nicht zur absichtlichen Einbringung in die Umwelt bestimmt sind....Die Konferenz der Vertragsparteien ...trifft eine Entscheidung über diesbezügliche Anforderungen im einzelnen, einschließlich genauer Angaben zu ihrer Identität und einer eindeutigen Identifizierung."

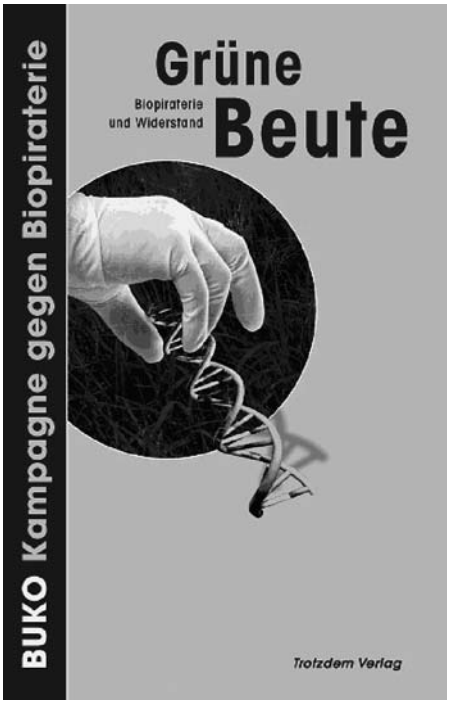
[2] Argentinien hat zwar unterschrieben aber nicht ratifiziert. Länderregierungen, die zwar das abkommen unterschrieben aber nicht ratifiziert haben, haben Rederecht, aber kein antragsrecht bei der Vertragsstaatenkonferenz.

[3] Das WTO-Panel hat entschieden, dass sich die EU nicht auf das Cartagena-Protokoll zur Biologischen Sicherheit berufen kann, wenn die klagenden Parteien nicht Mitglied dieses internationalen Abkommens sind. Das trifft in diesem Fall mit den USA, Kanada und Australien als Klägerparteien gegen die jahrelange Verschleppungspraxis der EU bei der Beschlussfassung über die Zulassungsanträge von US-Firmen hinsichtlich der Kommerzialisierung von GVOs zu.

Rezension:

Grüne Beute - Biopiraterie und Widerstand

In den vergangenen Jahren haben Fälle wie die Patentierung von Basmati, von Extrakten des Neembaums und des Hoodia-Kaktus' weit über AktivistInnenkreise hinaus für Empörung gesorgt. Weil Biopiraterie im Spannungsfeld von Nord/Süd, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Handel und Naturschutz, Konzernmacht und Kapitalismus angesiedelt ist, ist das Thema hoch politisiert. Eine Autorengruppe der ‚BUKO Kampagne gegen Biopiraterie' hat nun ein Buch vorgelegt, das die Problematik umfassend aufarbeitet.



Dabei liegt den Ausführungen ein weiter Begriff von Biopiraterie zugrunde, der alle „private Aneignung von Leben - d.h. von Pflanzen oder Tieren und ihren Bestandteilen oder Genen - und des Wissens über seine Nutzung mit Hilfe so genannter geistiger Eigentumsrechte" einschließt. Auf dieser Grundlage werden konkrete Formen der Biopiraterie, sowie Praktiken und Trends in Pharma- und Agroindustrie dargestellt. Die einschlägigen internationalen Regelwerke werden erklärt und als ‚moderne Kaperbriefe' gewertet, die Biopiraterie im Wesentlichen legitimierten. Daraus resultierende Konflikte werden sowohl für die Industrieländer beschrieben (Biopatentierung, Sortenschutz, Nachbau) als auch für den globalen Süden (staatliche vs. lokale/indigene Interessen, Selbstbestimmung, Vorteilsausgleich, Schutz traditionellen Wissens). Ein gesondertes Kapitel widmet sich der Rolle von Frauen im Konfliktfeld Biopiraterie, bevor Formen und Akteure des Widerstandes vorgestellt werden. Unter der Überschrift ‚Alternativen und Gegenmodelle' präsentieren die AutorInnen den Stand der Debatte zu kollektiven Eigentumsrechten, Datenbanken zum Schutz traditionellen Wissens, Saatgut-Registern und nationalen Bestimmungen zu ‚Access and Benefit-Sharing' (ABS). Ein kurzer Exkurs zu Biopiraterie in anderen Bereichen als Pflanzen und eine Materialsammlung schließen das Buch ab.

Bei der „Grünen Beute" handelt es sich um einen kritischen, kenntnisreichen und verständlich geschriebenen Beitrag zur deutschen Debatte um Biopiraterie. Es gelingt der Autorengruppe, die komplexen Zusammenhänge zwischen (bio-)technologischen Entwicklungen, globalen Wirtschafts- und Regelungsstrukturen und sozialen Konflikten aufzuzeigen. Für konkretes Engagement hilfreich, werden Akteure und Alternativen (zumindest ausschnitthaft) benannt. Nicht unumstritten ist allerdings der zugrunde gelegte Begriff von Biopiraterie: die AutorInnen unterscheiden bewusst nicht zwischen Biopatentierung und Biopiraterie (als widerrechtlicher Biopatentierung, z.B. bei Missachtung von ABS-Gesetzen, bei mangelnder Neuheit etc.). Diese weite Konzeption kann diskursstrategisch durchaus wirkungsmächtig sein; sie macht aber auch angreifbar, setzt sie sich doch dem Vorwurf mangelnder Differenziertheit aus. Nichtsdestotrotz ist das Buch - das übrigens unter einer ‚Creative Commons'-Lizenz veröffentlicht wurde - wegen seines kritischen Ansatzes und seiner Vielseitigkeit ein Muss für EinsteigerInnen in das Thema.

Franziska Wolff

Die Autorin ist Mitarbeiterin beim Ökoinstitut.

BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie (Hg.)
Grüne Beute
Biopiraterie und Widerstand
Argumente, Hintergründe, Aktionen
160 Seiten
12,-
ISBN 3-931786-40-4
Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht und ist auf der Website http://www.gruene-beute.de frei zugänglich.

'Klagen ist des Kaufmanns Gruß'[1]

Gelingt doch noch ein Abschluss der laufenden Handelsrunde der WTO?

Schafft es die Welthandelsorganisation (WTO), bis zum Sommer ausreichende Verhandlungsfortschritte zu erzielen, damit der für das Jahresende geplante Abschluss der Handelsrunde realisierbar ist? Oder setzt sich der Stillstand bei den Verhandlungen fort und führt zu weiteren Überschreitungen von Fristen? Symptomatisch sind die Botschaften der wichtigsten Handelsnationen: Die anderen müssen sich bewegen, damit die Verhandlungen vorankommen.

Unter den WTO-Mitgliedern besteht Einvernehmen darüber, die im Jahre 2001 in Doha gestartete Handelsrunde zu Landwirtschaft, Industriegütern, Dienstleistungen und anderen Themen noch in diesem Jahr zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Diese Terminsetzung ist angesichts bevorstehender Wahlen in Brasilien und Frankreich und des Auslaufens der die Verhandlungsposition der USA stärkenden Trade Promotion Authority [2] notwendig, um die in ihrem Zeitplan längst aus dem Ruder geratenen Handelsrunde überhaupt noch einmal abschließen zu können. Dafür müssen notwendige Zwischenschritte spätestens bis Mitte des Jahres erfolgen. Auf der letzten WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2005 wurden in Hongkong dafür als Termine der 30. April 2006 und 31. Juli gesetzt. Doch der Apriltermin wurde nicht eingehalten. Fraglich ist, welchen zeitlichen Spielraum die WTO-Mitglieder jetzt noch haben, um die Runde noch vor dem 31. Dezember 2006 abschließen zu können.

Die unzureichenden Beschlüsse von Hongkong

Die Agrarverhandlungen standen im Mittelpunkt der letzten WTO-Ministerkonferenz. In Hongkong fokussierte die Agrardiskussion auf die Festlegung eines konkreten Enddatums für das Auslaufen aller handelsverzerrenden landwirtschaftlichen Exportfördermaßnahmen (Agrarexportsubventionen, Exportkredite u.a.). Nach langen und schwierigen Verhandlungen wurde schließlich der parallele Abbau aller Formen der handelsverzerrenden Agrarexportfördermaßnahmen bis zum Ende des Jahres 2013 vereinbart. Bei den Industriegütern (Non-agricultural market access - NAMA) wurde eine sog. Schweizer Formel [3] als Grundlage der angestrebten Zollsenkungen festgelegt. Zusätzlich wurde auf Druck der USA beschlossen, neben den allgemeinen Zollsenkungen für alle Tariflinien auch die Möglichkeit von Sektorverhandlungen (wie z.B. für Produkte der Wälder und Meere) vorzusehen. Diese sollen auf freiwilliger Basis erfolgen.

Im Dienstleistungssektor wurde als ergänzendes Instrument zur Verstärkung der Verhandlungsdynamik der Beginn plurilateraler Verhandlungen vereinbart: WTO-Mitglieder mit übereinstimmenden Interessen können in bestimmten Dienstleistungssektoren gemeinsame Verhandlungsforderungen formulieren und diese an ausgewählte Zielländer mit der Bitte um Verhandlungsaufnahme richten. Damit soll eine kritische Masse von WTO-Mitgliedern an derartigen Sektorverhandlungen beteiligt werden und sich zu einem höheren Maß an Marktöffnung verpflichten.[4]

Modalitäten und Listen

Was sind "Modalitäten"? Die "Modalitäten" sind der Dreh- und Angelpunkt der Verhandlungen, weil sie bestimmen, wie das endgültige Ergebnis der Verhandlungen aussehen wird. In den Modalitäten ist angegeben, welche allgemeinen Ziele angestrebt werden und wie diese Ziele erreicht werden sollen. Eine Modalität für die Zollsenkungen wäre etwa die durchschnittliche Verringerung der Zölle um 36 Prozent bei einer Reduzierung von 15 Prozent je Tariflinie, die z. B. durch eine 6-prozentige Reduzierung über sechs Jahre erreicht werden soll.

Was sind die "Listen"? Nachdem die Modalitäten festgelegt sind, müssen sie in "Listen", also genaue Vorschläge der einzelnen Mitgliedstaaten, umgesetzt werden. Hierbei handelt es sich in erster Linie um einen internen Prozess. Danach prüfen die WTO-Mitglieder die Angebote der anderen Verhandlungspartner und versuchen, noch verbleibende Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die technischen Einzelfragen und Listen auszuräumen.

Schlüsselwort "Modalitäten"

Seit Jahren ist ein zentraler Angelpunkt der Verhandlungen der Begriff Modalitäten, der mit Eckpunkten unzureichend präzisiert ist (siehe Box). Die Klärung der Modalitäten wurde in Hongkong auf spätestens 30. April 2006 verschoben (vergleiche Box auf der nächsten Seite).

Als am 24. April die Medien von der Absage des für die letzte April-Woche in Genf geplanten Ministertreffens, bei dem Modalitäten bestätigt werden sollten, berichteten, löste dies wenig Überraschung aus. Im Vorfeld war offensichtlich geworden, dass weder bei Landwirtschaft noch bei den Industriegütern Fortschritte erzielt worden waren. Damit wurde die Ende April ablaufende Frist für verbindliche Zusagen zur Kürzung von Agrar- und Industriezöllen verfehlt. "Das ist keine gute Nachricht, aber wir müssen der Realität ins Auge blicken", kommentierte Pascal Lamy. "Wir haben eine Frist versäumt, sind aber nicht blockiert. Die Verhandlungen sind kürzlich vorangekommen" [5].

Die EU voller Widersprüche, die USA setzen die Hürden hoch

Am 20. Mai 2006 verkündeten die Nachrichtenagenturen "Die Europäische Union erwägt tiefere Einschnitte bei den umstrittenen Agrarsubventionen als bisher geplant." Der EU-Handelskommissar Peter Mandelson ließ verlautbaren, dass die EU bereit sei, den Forderungen von Entwicklungsländern in der G-20-Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer ein Stück weit entgegenzukommen. Die Mandelson-Ankündigung führte sofort zum deutlichen Dementi seiner Kollegin Mariann Fischer Boel. Die Agrarkommissarin stellte klar, dass die Kommission keine neuen einseitigen Angebote im Agrarbereich leisten würde. Dennoch wurde Tags darauf die Andeutung eines Angebots von der EU eingebracht. Am selben Tag veröffentlichte allerdings der stellvertretende USA-Handelsbeauftragte Peter F. Allgeier eine Erklärung, dass die "minimalen Verbesserungen" im EU-Angebot nicht ausreichen würden.

Beim Treffen der Agrarminister der EU im österreichischen Kremes wurden dagegen weitere Zugeständnisse der USA eingefordert. Der amtierende EU-Ratspräsident Josef Pröll betonte, die EU sei bei der

Öffnung der Agrarmärkte schon weit genug gegangen, nun seien andere dran. Sein französischer Kollege Dominique Bussereau wurde noch deutlicher: Er würde eher ein Scheitern der Verhandlungen in Kauf nehmen, als durch die Verhandlungen die Gemeinsame Agrarpolitik der EU und deren Zukunft in Frage zu stellen. Am selben Tag räumte jedoch Handelskommissar Mandelson vor dem Europäischen Parlament wieder die Möglichkeit weiterer Zugeständnisse ein – allerdings nur, wenn andere (in diesem Fall waren die USA gemeint) substantielle Zugeständnisse beim Abbau von Unterstützungsmaßnahmen für die einheimische Landwirtschaft bzw. beim Abbau von Zöllen für Industriegüter machen würden. Dagegen setzten die USA die Hürden hoch: Deputy US Trade Representative Karan Bhatia forderte "ambitionierte Anstrengungen" ein, um die Runde zum Abschluss zu bringen. Der US-Kongress würde einen Abschluss ohne tatsächliche Marktöffnungsambitionen nicht billigen, der zudem nicht den 2001 in Doha beschlossenen Rahmen erfüllen würde.

Zweck-Optimismus bei Brasilien und Indien

Nach einem Treffen mit dem französischen Präsidenten Jaques Chirac zeigte sich der brasilianische Präsident Luiz Inacio Lula da Silva Ende Mai optimistisch: ein Durchbruch bei den Verhandlungen sei noch möglich, wenn sich die Spitzen der Welt bald treffen würden und Zugeständnisse im Gepäck hätten. Auch der indische Handelsminister versprühte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur AFP Optimismus, dass trotz allem ein Abschluss der Handelsrunde zum Jahresende möglich sei. "Ich denke, es gibt eine gute Chance, denn die EU wollen es und die USA wollen es".

Lamy erhöht den Druck

Bis Ende Juni sollen die Eckpunkte der Verhandlungen zu Landwirtschaft und Industriegütern vorliegen – dies forderte Pascal Lamy, der Chef der Welthandelsorganisation Ende Mai ein: "Der Zeitplan ist ein Angelegenheit von Tagen, nicht von Wochen. Wir brauchen die Eckpunkte im Juni, wenn wir sie in den Juli rutschen lassen, haben wir nicht genug Zeit" begründet der WTO-Generaldirektor den Druck. Anders sei ein Abschluss der Runde noch in diesem Jahr nicht zu schaffen. Lamy beließ es nicht nur bei Appellen, sondern legte gleich einen neuen Zeitplan vor: Neue Texte zu den Agrar- und Industriegütern sollen in der Woche, die mit dem 19 Juni beginnt, vorgelegt werden, in der mit dem 26. Juni beginnenden Woche sollen dann die Minister nach Genf kommen, um die neuen Eckpunkte zu beschließen. Für diese Woche forderte die EU auch ein Ministertreffen zu den Dienstleistungsverhandlungen ein, um im Gegenzug zu möglichen Zugeständnissen im Agrarbereich die offensiven Marktöffnungsforderungen der EU durchsetzen zu können.

In Hongkong gesetzte neue Verhandlungstermine

- bis Ende April 2006: Modalitäten (Agrarverhandlungen, Industriegüter)
- bis Ende Juli 2006: Verpflichtungslisten (Agrarverhandlungen, Industriegüter) und Abgabe verbesserter individueller Angebote für die Marktöffnung (Dienstleistungen)
- bis Ende Oktober 2006: Austausch der endgültigen Verpflichtungen zur Marktöffnung (Dienstleistungen)

Umwelt Fehlanzeige?

Die direkten und indirekten umweltbezogenen Verhandlungsaspekte spielen – jetzt, wo es doch um die wichtigen Dinge geht – keine Rolle. Umwelt wäre somit Fehlanzeige, wenn es nicht Pascal Lamy und seine Videozuschaltungen gäbe. Am 30. Mai 2006, als die EU-Kommission in Brüssel ihre Umweltwoche eröffnete, wurde Pascal Lamy per Video-Botschaft zugeschaltet. Er sang das Loblied auf die gegenseitige Unterstützung von Handel und Umwelt – und dass die laufende Handelsrunde die einmalige Möglichkeit böte, dieses Wechselspiel zu bestätigen. Dass seine Videozuschaltung die Rede des neuen Geschäftsführers des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen (UNEP) Achim Steiner, unterbrach, zeigte wer das Sagen hat und wie die gegenseitige Unterstützung zu interpretieren ist: Wenn der Handel kommt, muss die Umwelt zurücktreten.

Fazit: Verzögerung und Unsicherheit als Prinzip

Wer auf das Jahr 1993 zurückblickt, damals lag die letzte große Verhandlungsrunde, die Uruguay-Runde, in den letzten Zügen, wird Ähnlichkeiten mit der Situation heute entdecken. Auch damals gab es den permanenten Wechsel zwischen "Scheitern" und "Fortschritten". Heute haben alle wichtigen Player offensive Interessen, einige wollen auf die Agrarmärkte, andere auf die Märkte für Industriegüter, wiederum andere auf beide. Die Hoffnung, dass die WTO durch ein Scheitern der jetzigen Handelsrunde bedeutungslos werden wird, wird sich also vermutlich nicht erfüllen.

Jürgen Knirsch

Der Autor arbeitet bei Greenpeace zum Thema Internationaler Handel/WTO und koordiniert zusammen mit Kerstin Lanje die AG Handel.

[1] "Jammern ist der Gruß der Kaufleute" ist ein phönizisches Sprichwort. Mit Dank an Peter Wahl und Wiebke Herding für Titelinspiration und Hinweis auf Lamy's Videobotschaft.

[2] Die „Trade Promotion Authority" ist ein bis zum 31. Juli 2007 befristetes Verhandlungsmandat des US-Präsidenten, das diesem vom Kongress verliehen wurde. Sie besagt, dass der US-Kongress von der US-Administration ausgehandelte Handelsvereinbarungen nur insgesamt annehmen oder insgesamt ablehnen kann. D.h. der Kongress kann nicht einzelne Teile der Vereinbarung akzeptiert und andere ablehnen.

[3] zur Schweizer Formel vgl. „Einfach ausgeknockt - Was den Entwicklungsländern durch die Zollsenkungsformel bei den WTO-Verhandlungen über Industriegüter droht" von Michael Frein, Rundbrief I/2006 des Forums Umwelt und Entwicklung

[4] Zur Kritik an den Beschlüssen von Hongkong siehe die entsprechenden Artikel im Rundbrief IV/2005: Showdown in Hongkong - Nord-Süd-Konflikt auf der Welthandelskonferenz

[5] Fundstellennachweise zu den Zitaten sind beim Autor erhältlich: juergen.knirsch@greenpeace.de

Mit REITs in die Mietervertreibung

Wohnungen und Immobilien im Visier globaler Finanzinvestoren

Die Berliner Regierung hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag grundsätzlich dafür ausgesprochen, dass auch am Finanzplatz Deutschland die Börsenspekulation mit steuerbefreiten Immobiliengesellschaften, sogenannten REITs, zugelassen wird. Nun machen neben Mieterverbänden auch Abgeordnete aus dem linken SPD-Flügel Ärger. Die Befürchtungen: REITs könnten zu milliardenschweren Steuerausfällen, einer Anheizung des Ausverkaufs öffentlich verbundener Wohnungsunternahmen und einer Demontage der sozialen Mischung in Deutschland führen.

Neun Uhr morgens am 6. Dezember 2005: Eine Kolonne Polizeiautos fährt vor in der Sozialsiedlung Lincoln Place in Venice, Kalifornien. Begleitet von privaten Schutzmännern des Vermieters, der Firma AIMCO, dringen sie in die Häuser ein, schlagen an die Türen. Die Beamten haben Räumungsbefehle für 52 Sozialmieter dabei. Einige Mieter haben 20 Minuten, ihre Wohnungen zu verlassen. Anderen bleibt nicht einmal diese kurze Zeit. Mit leeren Händen stehen die empörten Mütter, Kinder, Alten und Rollstuhlfahrer vor ihren Häusern. Die Türschlösser werden ausgetauscht. Kalifornien ist um 52 obdachlose Familien reicher.

Die Firma AIMCO ist ein großer REIT (Real Estatement Investment Trust), also ein Beispiel für das, was Finanz-Lobbyisten und eine Mehrheit in der Regierung bis zum kommenden Herbst auch in Deutschland durchsetzen wollen: Große Immobilienfonds, deren Anteile an der Börse gehandelt werden, die keine Unternehmensteuer zahlen und rund 90 % des Gewinns an die Anleger (Banken, Versicherungen, Pensionsfonds) ausschütten.

REITs' own country

Erfunden wurden REITs in den USA, um eine Immobilenanlage-Form für Kleinanleger zu schaffen. Ihr Siegeszug begann mit dem Aufblähen der Immobilien-Spekulations-Blase nach dem Kollaps der New Economy. Heute gehören den REITs in den USA Einkaufszentren, Krankenhäuser, Gefängnisse und (ehemalige) Sozialwohnungen.

Das Rezept REITs - Konzentration großer Mengen kleinerer Anlagen in steuerbefreiten Börsengesellschaften, die sich strategisch auf schnelle und hohe Renditen im Immobilensektor ausrichten - ist dabei, sich weltweit durchzusetzen. Inzwischen geben sie in Kanada, Australien und Asien den Ton an. Es wird geschätzt, dass bereits die Mehrzahl der handelbaren Immobilien weltweit von REITs kontrolliert werden.

In Europa freilich klaffen zwei wichtige Lücken: In Großbritannien und Deutschland sind eigene REITs bislang nicht zugelassen. Dabei sollen in deutschen Unternehmen, Behörden und Kommunen 3.000 Mrd. Euro „Betongold" schlummern. Die Branche rechnet damit, dass bis 2010 Immobilien im Wert von 50 und 130 Mrd. durch REITs übernommen werden könnten. Die Mieten und Immobilienpreise auf dem großen deutschen Markt sind im Weltvergleich preiswert, die Eigentumsquote gering, die bisherigen öffentlichen Eigentümer sind pleite, die Industrieunternehmen suchen Eigenkapital: Eine Situation, wie geschaffen für die schnelle Verwandlung der sozialen Infrastruktur in einen wilden Börsen-Westen. So wie in Kalifornien.

Europa im Fadenkreuz

Seit ihrer Zulassung von REITs in Frankreich im Jahr 2003 haben REITs dort ein Kapital von 26 Mrd. Euro angehäuft. Die Börsenkurse für REITs stiegen um 90 %. Ausländische Anleger übernahmen französische Immobilien. Die Umwandlung in Eigentumswohnungen wurde angeheizt. REITs vertreiben die Mieter aus attraktiven Wohngebieten in Paris und Marseille. Der Steuerverlust wurde auf bis zu 2 Mrd. Euro geschätzt. Trotzdem sind REITs in Frankreich kein wohnungspolitisches Thema. Denn REITs konzentrieren sich in Frankreich bislang auf den gewerblichen Sektor und den engen privaten Mietwohnungsmarkt, während der öffentlich-soziale Sektor (HLM) von Ausverkäufen à la Deutschland bislang verschont blieb. Beobachter erwarten jedoch, dass auch der HLM-Sektor unter Rendite-Druck geraten wird. Damit wird der Spielraum für die Lösung der massiven Wohnungsnöte und zur Überwindung der sozialen Segregation weiter eingeengt.

In England, wo die REITs-Lobby die Blair-Regierung in ein Wettrennen um die REITS-Zulassung mit Deutschland getrieben hatte, war nach den Nachrichten zu den gigantischen Steuerausfällen in Frankreich Krisenstimmung angesagt. Um die Besteuerung von REITS-Gewinnen ausländischer Anleger zu garantieren, hätten Hunderte von Doppelbesteuerungsabkommen geändert werden müssen. Stattdessen wurde eine Änderung der REITs-Regeln vorgeschlagen: Um Steuerverluste aufgrund der Doppelbesteuerungsabkommen zu vermeiden, sollen einzelne Anleger soll nur noch maximal 10 % an einem REITs halten dürfen und die Pflichtausschüttungen sollen auf 95 % heraufgesetzt werden. Konsequenz: Für die Reinvestitionen in die Bestände bleibt noch weniger übrig, so wenig, dass sogar Teile der Finanzlobby von einem „Ausbluten der Immobilien" sprechen.

Bereits im Vorfeld der geplanten REITs-Einführung zum 1. Januar bereiten sich große gemeinnützige Wohnungsgesellschaften in England auf die Situation vor, indem sie neue rein privatwirtschaftliche Unternehmen gründen. Dabei kommt ihnen entgegen, dass seit dem letzten Jahr auch private Entwickler Zugang zu öffentlichen Fördermitteln haben. Mieterorganisationen befürchten einen Verlust an Wohnsicherheit und Mitbestimmungsrechten, steigende Mieten und Vermieter, die man für ihr Verhalten politisch nicht mehr verantwortlich machen kann.

Die Bundesregierung wird unterdessen mit zahlreichen Vorschlägen der immer besser organisierten REITs-Lobby bombardiert. Diese will neben möglichst wenig regulierten REITs auch noch Steuerleichterungen beim Verkauf von Immobilien durchsetzen. Finanzminister Steinbrück zeigte sich aufgeschlossen. Aber dann erinnerten sich die linken SPD-Parlamentarier Ortwin Runde und Florian Pronold an Müntefering und verfassten ein kritisches Papier:

„Heuschrecken vor der Wohnungstür"

Detailliert beschreiben die Parlamentarier darin, wie schwierig es ist, die durch REITs entstehenden Steuerschlupflöcher für internationale Anleger zu stopfen. Zudem würde mit der Schaffung von REITs auf den Wohnungsmärkten „die Durchsetzungskraft von Renditeinteressen gefördert", befürchten die Dissidenten. Die „Standortbindung an Deutschland" würde gelockert, das „Spekulationspotential

im Immobiliensektor in beachtlichem Umfang" erhöht. Die Zulassung von REITS werde zu einer weiteren Trennung zwischen „guten" und „schlechten" Wohnungsbeständen führen und die „soziale Durchmischung" gefährden.

Nach dem Warnschuss aus den eigenen Reihen richtete die Regierung eine interne Sonderkommission ein, um die Parlaments-Linken zu überzeugen. Die Debatte hält an. Es wird zum Beispiel diskutiert, Wohnimmobilien von den REITs auszunehmen. Das aber kann die Lobbyisten, allen voran die „Initiative Finanzplatz Deutschland", nicht zufrieden stellen. Die Einführung von REITs würde nicht zuletzt den Private Equity Fonds („Heuschrecken"), die in den letzten Jahren 10 Jahren über 1 Million Wohnungen in Deutschland aufkauften, eine komfortable „Exit"-Option bereitstellen. Fonds wie Cerberus, Annington oder Fortress könnten ihre eingesammelten Beton-Schätze nach Realisierung der Anfangsgewinne binnen weniger Jahre in REITs verwandeln und an die Börse bringen. Der Fonds Fortress, der gerade die kommunalen Wohnungen Dresdens aufkaufte, plant einen derartigen Börsengang definitiv. Auch Marktführer Annington (Bahnwohnungen, Viterra..), der nach eigenen Angaben auf 1 Million Wohnungen anwachsen will, zeigt sich interessiert.

Der Deutsche Mieterbund befürchtet, dass das „Sozial- und Wirtschaftsgut" Wohnen durch Verkäufe und REITs zu einem reinen Wirtschaftsgut verkommt, das in schnellen Verwertungsketten gehandelt statt gepflegt wird. Befürchtet wird auch, dass der Verkauf weiterer kommunaler und landeseigener Wohnungsunternehmen an Fonds und REITs den Kommunen eine der letzten strategischen Einflussmöglichkeiten auf die Wohnungsmärkte und die Stadtentwicklung (z.B. im Rahmen von Stadtumbau-Programmen) nimmt.

Corporate Accountability

Noch sind viele Wohnungen in Deutschland durch Sozialbindungen und Mietrecht geschützt. Aber Bindungen werden komplett auslaufen und Gesetze können geändert werden, wenn erst einmal die Goldgräber den Ton angeben.

„In unserem Portfolio sind viele preisgünstige Wohnungen", schrieb der AIMCO-Chef 1999. „Viele Sozialprogramme werden in den nächsten Jahren auslaufen und etliche Immobilien sind für eine profitable Umwandlung geeignet." Unter den Profiteuren befindet sich eine „Heuschrecke" besonderer Art: Die Deutsche Bank ist nach Informationen aus den USA mit kapp 8 % einer der größten Anteilseigner an AIMCO. Im „UN Global Compact" hat sie sich zu einer sozialen Geschäftspolitik verpflichtet. AIMCO-Mieter haben die Deutsche Bank bereits gefragt, was an der Zwangsräumung von Alten, Behinderten und Kindern „sozial verantwortlich" ist. Die Antwort: Die Anteile würden nur für einen „Klienten" gehalten, dessen Identität nicht preisgegeben werde.

Damit sind einer Politik der internationalen „Corporate Accountabilty" durch Selbstverpflichtungen bereits Schranken aufgezeigt, bevor sie begonnen wurde. Der REITs-Kapitalismus ist ein anonymes Geschäft, an dem über Pensionskassen nicht zuletzt Millionen privater Haushalte mitprofitieren. Börsen lassen sich nur in extremen Ausnahmefällen von sozialen Kampagnen beeindrucken. Wer einmal den Weg in die globale Immobilienverwertung beschritten, wird schwerlich öffentliche Steuerungsmacht zurückgewinnen können.

Knut Unger

Der Autor ist Koordinator der AG Habitat des Forums Umwelt und Entwicklung und Sprecher des "Mieterforum Ruhr".

Habitat-News

Beim **EUROPÄISCHEN SOZIALFORUM** in Athen gab es zusätzlich zu den üblichen Seminaren einen „Urban Space" für informelle Treffen, was zu wesentlich verbindlicheren Ergebnissen beigetragen hat. Die Bewegungen HIC, NO VOX, IAI und die Griechische Initiative für das Recht auf Stadt verabschiedeten einen gemeinsamen **EUROPÄISCHEN AKTIONSAUFRUF** zum Welt-Habitat-Tag am 3. Oktober. Darin wird u.a. ein einklagbares Recht auf Wohnen und der Ausbau eines öffentlichen Wohnungssektors sowie die Verteidigung des öffentlichen Raums gefordert. Ganz in diesem Sinne wird das Londoner Sozialforum im Umfeld des 3. Oktobers ein internationales Strategietreffen zu Wohnen und Stadtentwicklung ausrichten. In Meetings, Aktionen und Pressekonferenzen am Finanzplatz Nr. 1 in Europa sollen u.a. REITs, eine Vision des öffentlichen Wohnungsbaus und die Aufgaben demokratischer Stadtplanung angesichts der Globalisierung diskutiert werden. Eine Vorbereitungsdiskussion dazu findet im Rahmen der INURA-Konferenz (s.u.) statt
Mehr Infos bei: unger@mvwit.de

Vom 29. Juni bis 6. Juli veranstaltet das International Network of Urban Research and Action (INURA) seine Jahreskonferenz in Essen. Die Tagung steht unter dem Motto: **GLOBAL CITY REGIONS - TOWARDS A SHAREHOLDER VALUE CITY**. Es gibt Exkursionen, Fachvorträge und eine öffentlich Tagung am 1. Juli.
Infos und Anmeldung: http://www.inura-rhein-ruhr.de

Vom 19.-23. Juni findet das **III. WORLD URBAN FORUM** im kanadischen Vancouver statt. Das Ereignis ist zugleich ein Jubiläum: Vor 30 Jahren fand am gleichen Ort die Habitat I-Konferenz mit starker Beteiligung von NGOs statt. In zahlreichen Network-Events geht es in diesem Jahr um die Themenbereiche „Stadtwachstum und Umwelt", „Partnerschaft und Finanzierung", „Soziale Integration und Zusammenhalt", wo unter anderem die Millennium-Development-Goals diskutiert werden. Die Veranstaltung war unter anderem mit einem globalen Chat Anfang Dezember vorbereitet worden, an dem sich tausende Menschen auch aus dem Süden beteiligten. Beschlüsse fasst das von UN-Habitat mitveranstaltete WUF nicht.
http://www.wuf3-fum3.ca

Veranstaltungen/Termine

Erneuerbare Energien zur Armutsbekämpfung – flächendeckend, dauerhaft und finanzierbar

Promotionssymposium
12. September 2006,
10.00 - 18.00 Uhr
Bonn,
Gustav-Stresemann-Institut
Erneuerbare Energien eröffnen Menschen mit prekärem Zugang zu Energie eine saubere und dezentrale Alternative, gleichzeitig können sie die Situation der Armen verbessern. Sie tragen damit zum Erreichen der „Millennium Entwicklungsziele" der Vereinten Nationen, zur Beseitigung der Armut und zur Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit bei. Erneuerbare Energien werden schon seit Jahrzehnten in der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt. Die Verbreitung ist aber relativ gering, da Projekte häufig nicht ausstrahlen. Zwei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberen Energieträgern. Ökonomische Faktoren, fehlende politische Unterstützung und gesellschaftliche Zurückhaltung standen und stehen einer dauerhaften und flächendeckenden Verbreitung oft im Weg.
Bei einer Umfrage vom Forum Umwelt und Entwicklung wurde das generelle Interesse der Entwicklungsverbände an erneuerbaren Energien deutlich. Gleichzeitig gab es aber aufgrund technischer Barrieren und der geringen Nachfrage nach erneuerbare Energien durch die Südpartner große Zurückhaltung. Beim ersten Symposium „Armut reduzieren mit Erneuerbaren Energien - Synergien von NROs und Branchenverbänden erneuerbarer Energien nutzen" wurde die Kooperation von Anbietern erneuerbarer Energien und NRO der Entwicklungszusammenarbeit thematisiert. Eine Studie von Brot für die Welt und dem Evangelischen Entwicklungsdienst belegt, dass besonders bei der Finanzierung von Projekten Lösungen entwickelt werden müssen, die eine dauerhafte und flächendeckende Energieversorgung im ländlichen Raum von Entwicklungsländern fördern.
Diese gemeinsame Veranstaltung von Forum Umwelt und Entwicklung und dem Verband Entwicklungspolitik deutscher NRO mit Unterstützung vom Evangelischen Entwicklungsdienst, Brot für die Welt , Misereor, Karl Kübel Stiftung und Germanwatch greift die Frage nach einer langfristigen und tragfähigen Finanzierung von erneuerbaren Energien zur Armutsbekämpfung auf. Dabei soll besonders deren flächendeckende und dauerhafte Verbreitung im Mittelpunkt stehen sowie die Frage, welche Rolle NRO der Entwicklungszusammenarbeit dabei spielen können.
Informationen:
Forum Umwelt und Entwicklung
Gerald Knauf
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-923993-50
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de
www.ee-netz.de

Mangel und Überfluss – Medikamente in Nord und Süd

Symposium
15. - 16. September 2006
Bielefeld
Um der deutschen Pharmaindustrie auf die Finger zu schauen, hat sich vor 25 Jahren die BUKO Pharma-Kampagne gegründet. Ein Vierteljahrhundert kritische Arbeit hat dafür gesorgt, dass sich das Medikamentensortiment deutscher Firmen und in Ländern des Südens, aber auch in Deutschland wesentlich verbessert hat. Die Arbeit der BUKO Pharma-Kampagne hat den mangelhaften Zugang der Armen zu lebensnotwendigen Medikamenten ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. In Deutschland konnte die Nichtregierungsorganisation verhindern, dass das Werbeverbot von rezeptpflichtigen Medikamenten gekippt wird. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens will die BUKO Pharma-Kampagne mit einem Symposium zum Thema Mangel und Überfluss - Medikamente in Nord und Süd in die Zukunft schauen.
Jedes Jahr sterben weltweit Millionen Menschen in armen Ländern an Infektionskrankheiten, weil sie keinen Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten haben. Diesem Mangel steht der Überfluss an oft unnötigen Arzneimitteln in den reichen Industrieländern entgegen: hier dominieren Lifestylemedikamente, Vitamintabletten und andere Mittel ohne therapeutischen Nutzen den Markt. Auch der Überkonsum an Schmerzmitteln und anderen Arzneimitteln ist ein gravierendes Problem. Überfluss an fragwürdigen Produkten und Mangel an unentbehrlichen Arzneimitteln hängen eng zusammen mit der entwicklungspolitischen Frage einer gerechten Ressourcenverteilung. Internationale ExpertInnen diskutieren diese brennenden Fragen am 15. und 16. September in Bielefeld.
Informationen:
Dr. Cristiane Fischer
BUKO Pharma-Kampagne
August-Bebel-Str. 62
33602 Bielefeld
Tel.: 0521-60550
Fax: 0521-63789
E-Mail: 25@bukopharma.de
www.bukopharma.de

Wettbewerb für Nachhaltigkeit

Jahrestagung des Öko-Instituts
22. - 23. September 2006
Berlin
Nachhaltigkeitsstrategien wird oft ein negativer Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung nachgesagt. Doch sind Wettbewerb, Innovation und Nachhaltigkeit in Hinblick auf eine funktionierende Zukunft nicht viel mehr zwei Seiten ein und derselben Medaille? Es gilt Wege zu finden, umweltpolitische Erwägungen, Verbraucherschutz und soziale Gerechtigkeit als integrale Bestandteile im nationalen und internationalen Wettbewerb zu verankern. Die Jahrestagung des Öko-Instituts steht daher unter dem Motto: „Wettbewerb für Nachhaltigkeit". WissenschaftlerInnen des Instituts und zahlreiche ReferentInnen betrachten das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln und stellen positive Beispiele vor. Bei Vorträgen, in Diskussionsforen und Workshops bietet sich die Möglichkeit, Meinungen auszutauschen, sich zu informieren und einen eigenen Beitrag zum Thema zu leisten.
Informationen:
Öko-Institut
Romy Klupsch
Tel.: 0761-452950
Fax: 0761-4529588
E-Mail: event@oeko.de
www.oeko.de/jahrestagung

Bioenergie – Nachhaltigkeit als Herausforderung

Internationales Symposium
12. - 13. Oktober 2006
Bonn, Internationales Konferenzzentrum Bundeshaus
Bioenergie, insbesondere Biokraftstoffe, sind ein rasant wachsender Industriezweig auf den internationalen Energiemärkten. Vor dem Hintergrund der jüngsten Ölpreisanstiege und der drohenden Gefahr des Klimawandels werden Alternativen zu Kraftstoffen auf Erdölbasis eine zunehmend attraktive Option für den Verkehrssektor. Parallel dazu führen politische Initiativen zur Förderung regenerativer Energien und Reduzierung von Treibhausgasemissionen in vielen Ländern dazu, dass die Erzeugung von Strom und Wärme aus Biomasse wettbewerbsfähig wird. So könnten einige Länder in Zukunft von

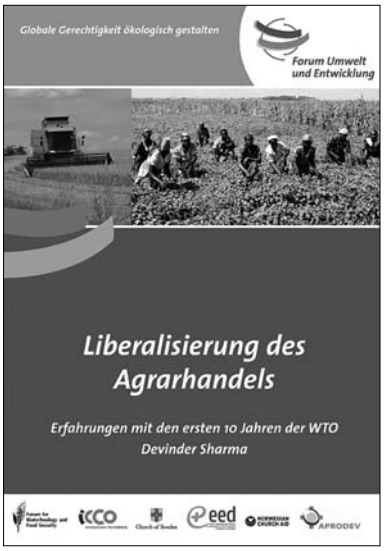
Vorankündigung: Plenumstagung des Forums Umwelt & Entwicklung

27./28. September 2006 in Berlin

Das Forum Umwelt & Entwicklung lädt auf vielfachen Wunsch nach mehrjähriger Pause wieder zu einer Plenartagung ein, zu der alle in den Arbeitsgruppen des Forums Aktiven herzlich eingeladen sind. Bei der Plenartagung soll themenübergreifend der Stand des internationalen Umwelt- und Entwicklungsprozesses, seine innenpolitische Umsetzung sowie die Rolle der NRO diskutiert werden.
Details der Tagung stehen noch nicht fest, aber der Leitungskreis des Forums verspricht: es wird ein spannendes Programm geben, bei dem vor allem aber auch die Diskussion nicht zu kurz kommen wird.

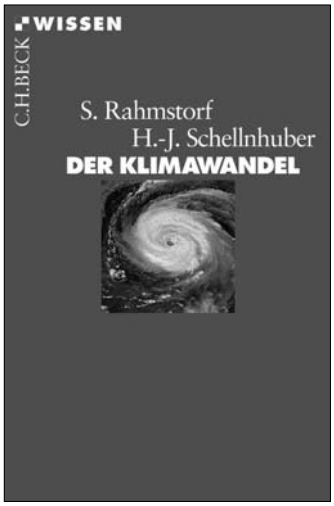
erheblichen neuen Exportmöglichkeiten im aufstrebenden globalen Bioenergiemarkt profitieren.
Auf der anderen Seite wirft der aktuelle "Bioenergieboom" jedoch schwierige Fragen auf: Konkurriert der Anbau von Energiepflanzen um fruchtbares Ackerland mit dem Anbau von Nahrungsmitteln? Werden Ölpalmen- oder Zuckerrohrplantagen zur großflächigen Zerstörung von Regenwäldern und anderen Lebensräumen führen? Wie steht es um die tatsächliche Kohlenstoffbilanz der Bio-Energieträger? Derartige Fragen und Probleme müssen ernsthaft diskutiert werden. Bioenergie kann nur dann eine nachhaltige Energieoption sein, wenn unter den verschiedenen Akteuren Nachhaltigkeitsaspekte diskutiert und vereinbart werden. Ob die wachsende Nutzung von Bioenergie in Zukunft auf breite öffentliche und politische Unterstützung zählen kann, hängt davon ab, ob die Herstellung, Nutzung und der Handel mit Bioenergie sich insgesamt positiv auf die unterschiedlichen Komponenten von nachhaltiger Entwicklung (Umwelt, Wirtschaft und soziale Entwicklung) auswirken.
Diese internationale Konferenz bringt Regierungsexperten, NGO-Vertreter, Wirtschaft und Wissenschaftler zusammen - darunter Befürworter und Kritiker der Bioenergienutzung. Ziel der Konferenz ist es, praktikable Nachhaltigkeitskriterien als Orientierungshilfe für Politik, Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Akteure zu entwickeln. Gemeinsam diskutieren die Experten Chancen und Risiken im Zusammenhang mit einer expansiven Nutzung von Bioenergie, analysieren Nachhaltigkeitsprobleme und entwerfen – anhand von Beispielen – praktikable Lösungsstrategien für eine verantwortungsvolle Nutzung dieser wichtigen erneuerbaren Ressource.
Veranstalter sind das Forum Umwelt und Entwicklung (Bonn) und die United Nations Foundation (Washington), mit Unterstützung einer Reihe anderer Organisationen.
Informationen:
Forum Umwelt und Entwicklung
Christina Pätzold
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: +49-(0)228-923993-50
E-Mail:
ck.paetzold@forumue.de
www.forumue.de
www.ee-netz.de

Publikationen



Liberalisierung des Agrarhandels – Erfahrungen mit den ersten 10 Jahren der WTO

Freihandel für alle schafft Wachstum, und Wachstum schafft Wohlstand für alle. Ist dem tatsächlich so? Dieses Credo der westlichen Außenhandelspolitik wird hier auf den Prüfstand gestellt. Die entwickelten Länder, hauptsächlich die USA und die Länder der EU, orientieren sich bei den Verhandlungen in der WTO über eine neue Linie bei der Schaffung des weltweiten Freihandels an einer mehr als zweifelhaften Richtschnur. Diese gemeinsam von APRODEV und dem Forum Umwelt und Entwicklung herausgegebene Publikation befasst sich nicht nur mit den möglichen Folgen einer solchen Politik, sondern vor allem mit den bereits bestehenden Auswirkungen seit der Gründung der WTO im Jahre 1995. Gerade auf dem Agrarsektor, einem wichtigen Element der Armutsbekämpfung (er stellt in Entwicklungsländern 70% der Arbeitsplätze) hat sich die Lage in vielen Ländern eher verschlechtert als verbessert. Die Freihandelsbestimmungen kommen oft zwar auch den Entwicklungsländern zugute, dort jedoch häufig nur den riesigen Agrarunternehmen und nicht den Kleinbauern. Im Speziellen werden hier noch einmal Afrika, Asien und Südamerika behandelt und einige Güterbeispiele genannt, bei denen die Maßnahmen der WTO genau den entgegen gesetzten Effekt zu dem zuvor proklamierten hatten - die volkseigene Wirtschaft der Entwicklungsländer wurde geschwächt, während die Importe aus den Industrieländern stetig zunahmen.
Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de.



Der Klimawandel

Der Klimawandel ist nicht zuletzt nach der Katastrophe von New Orleans in aller Munde. Angesichts seiner einschneidenden und globalen Bedeutung für Natur und Zivilisation ist das kein Wunder. Doch was ist eigentlich unter Klimawandel zu verstehen, und welche Faktoren sind für das Klima verantwortlich? Zwei renommierte Klimaforscher geben einen kompakten und verständlichen Überblick über den derzeitigen Stand unseres Wissens und zeigen Lösungswege auf. Hans Joachim Schellnhuber ist Gründer und Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und Professor für Theoretische Physik an der Universität Potsdam. Stefan Rahmstorf forscht am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und ist Professor für Physik der Ozeane an der Universität Potsdam.
Bezug:
Beck`sche Reihe 2006
Paperback
E-Mail: presse@beck.de
www.beck.de
ISBN 3-406-50866-9
(7,90 €).

Bericht zur Lage der Welt 2006: China, Indien und unsere gemeinsame Zukunft

Der Aufstieg Chinas und Indiens zu Wirtschaftsmächten ersten Ranges fasziniert und erschreckt im Westen Ökonomen, Geostrategen und Ökologen. Während Chinas Wachstum bereits ohne Beispiel in der Wirtschaftsgeschichte ist, setzt Indien nun alles daran, dem nordöstlichen Nachbarn nachzueifern. Doch hat der ökonomische Boom zunehmend unkontrollierbare ökologische Folgen: Chinas explodierender Ressourcenverbrauch lässt die westliche Welt die verheerenden Folgen ihres eigenen, ungezügelten Konsums wie in einem Vergrößerungsspiegel erkennen. Der

Wirtschaftsboom in China und Indien ist jedoch, so der Bericht, stärkste Bedrohung und größte Chance zugleich. Denn der wirtschaftliche Aufstieg birgt nicht nur Gefahren für Ressourcen und Umwelt, sondern könnte auch eine ökologische Wende mit sich bringen. Die Nutzung und Weiterentwicklung erneuerbarer Energien haben im neuesten Fünfjahresplan der chinesischen Regierung einen herausragenden Stellenwert erhalten. Auch wenn die tatsächliche Umsetzung der energiepolitischen Ziele noch fragwürdig scheint, so zeugt die Diskussion doch von einer gedanklichen Trendwende.
Bezug:
Heinrich Böll Stiftung
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel.: 030-28534-0
Fax: 030-28534-109
E-Mail: info@boell.de
www.boell.de.

Die Zuckermarktreform der EU und ihre Konsequenzen

In der EU werden Produktion und Handel mit Zucker durch die seit 1968 bestehende Zuckermarktordnung (ZMO) geregelt. Da diese im Juni 2006 ausläuft, stand eine Entscheidung über die Fortführung oder eine neue Verordnung unausweichlich an. Ein weiterer Faktor für den Reformbedarf entstand durch das im Mai 2005 gefällte Schiedsurteil der Welthandelsorganisation (WTO), in welchem festgestellt wurde, dass die europäische Subventionspolitik für Zucker gegen WTO-Regeln verstößt.
Im November 2005 hat der EU Agrar-Ministerrat getagt und auf der Basis vorheriger Entwürfe und einem über Jahre andauernden intensiven Diskussionsprozess einen Beschluss zur Zuckermarktreform gefasst. Das EU-Parlament hatte seine Stellungnahme zu dem Entwurf im Januar 2006 abgegeben. Damit war der Weg frei für die Verabschiedung, die dann am 20. Februar 2006 erfolgte. Die neue Ordnung wird im Juli 2006 in Kraft treten und von 2006 bis 2015 Gültigkeit haben. Diese neue Studie stellt die wesentlichen Aspekte der neuen Zuckermarktordnung dar und stellt ihre Konsequenzen detailliert aus entwicklungs-, umwelt- und agrarpolitischer Sicht fest. Es werden u.a. folgende wesentliche Fragestellungen abgehandelt. Was wird die Reform kosten und wen wird sie belasten? Ist Bioäthanol ein Ausweg? Welche Auswirkungen sind in Europa zu erwarten? Welche Auswirkungen hat die Reform auf die Entwicklungsländer? Leistet Zucker einen Beitrag für nachhaltige Entwicklung im Süden?
Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de.

Bilaterale Investitionsabkommen (BITs) der Bundesrepublik Deutschland

Die Studie „Bilaterale Investitionsabkommen (BITs) der Bundesrepublik Deutschland: Auswirkungen auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Regulierung in Zielländern und Modelle zur Verankerung der Verantwortung transnationaler Unternehmen" ist im Rahmen eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekts an der Universität Potsdam entstanden. Sie ist als elektronische Publikation erschienen und findet sich unter u.a. permanenten Link.
Bilaterale Investitionsabkommen (BITs = Bilateral Investment Treaties), sind ein wichtiger Bestandteil des immer umfangreicheren Netzes internationaler Investitionsregelungen. Im Jahre 2003 gab es weltweit 2265 solcher Abkommen, an denen insgesamt 176 Länder beteiligt waren. Die Bundesrepublik Deutschland als Kapitalexporteur und Land mit ausgeprägter rechtlicher Tradition war einer der Vorreiter beim Abschluss bilateraler Investitionsschutz- und -förderverträge. Die Abkommen haben nicht zuletzt deswegen eine erhebliche Bedeutung, weil sie es betroffene Investoren ermöglichen, vor internationalen Schiedsgerichten unmittelbar Entschädigungen einzuklagen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Schiedsgerichtsverfahren der Siemens-AG gegen

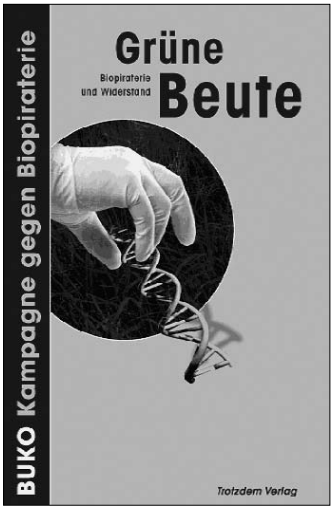
Argentinien wegen staatlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der argentinischen Finanzkrise. BITs leisten einen Beitrag zum Schutz ausländischer Investoren, schränken aber im Gegenzug den staatlichen Handlungsspielraum gegenüber Investoren ein. Ob diese Einschränkung auch legitime wirtschaftliche, soziale und ökologische Regulierung ausländischer Investitionen betrifft, ist heiß umstritten. Ziel dieser Studie ist es, einen Überblick über mögliche Spannungsfelder zwischen den von Deutschland geschlossenen BITs und der staatlichen Regulierung ausländischer Investitionen zu geben.
Bezug:
http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2005/612/

Schleichende Privatisierung: Kritik der deutschen und internationalen Entwicklungshilfe im Wassersektor

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) und die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung (BLUE 21) legen mit dieser Veröffentlichung eine aktuelle Bestandsaufnahme und Kritik der modernisierten Privatisierungsstrategie der deutschen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor vor. Trotz zahlreicher Rückschläge und teilweisem Rückzug einzelner Wasserkonzerne aus Entwicklungsländern halten die bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfe unbeirrt an ihren Privatisierungszielen fest. Selbst die in mehreren Evaluierungen bestätigte, vollkommen mangelhafte Armutswirkung der deutschen Wasserprojekte führt zu keiner Trendumkehr. Im Gegenteil: Zunehmend deutlicher kristallisiert sich eine lediglich modifizierte Strategie schleichender, schrittweiser Privatisierung heraus. Es ist zu befürchten, dass diese Strategie in das geplante neue Wasserkonzept des Bundesentwicklungsministeriums Eingang findet. Diese Publikation stellt zum einen die wichtigsten Privatisierungstrends auf multilateraler Ebene dar, in die sich die deutsche Entwicklungshilfe bruchlos einfügt. Zum anderen schildert sie die ernüchternden Erfahrungen mit den deutschen Public-Private-Partnerships im Wassersektor. Am Beispiel Boliviens liefert sie Einblicke in die undemokratische Privatisierungspraxis der beiden deutschen Entwicklungsagenturen GTZ und KfW. Das Papier kommt zu dem Schluss, dass sich entgegen aller offiziellen Mythen die Wasserprivatisierung als überaus ineffizient erweist. Während die erhofften Neuinvestitionen äußerst gering ausfallen, werden öffentliche Kassen und Gebührenzahler zunehmend geschröpft.
Bezug:
FDCL
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Tel.: 030-6934029
Fax: 030-6926590
E-Mail: fdcl-berlin@t-online.de
www.fdcl.org
http://www.fdcl-berlin.de/index.php?id=678.

Grüne Beute – Biopiraterie und Widerstand

Immer wieder versuchen Pharmakonzerne, Hochschulen und Agrarunternehmen, sich Patente und andere geistige Eigentumsrechte auf Heil- und Nutzpflanzen zu sichern. Viel zu oft gelingt es ihnen. Selbst das überlieferte Wissen einheimischer Spezialistinnen und Spezialisten über die



Verwendung dieser Pflanzen betrachten diese Jäger nach grüner Beute als ihren Schatz. Die »BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie« betrachtet die fortschreitende Privatisierung von Heil- und Nutzpflanzen als illegitim, auch wenn sie geltender Rechtslage entsprechen mag. In diesem Buch wird an konkreten Beispielen aufgezeigt, wie die Biopiraten ihre Beutezüge durchführen und auf welche rechtlichen Rahmenbedingungen sie sich dabei stützen können. Davon ausgehend schildert »Grüne Beute« den Widerstand, der an vielen Orten gegen Biopiraterie aufkeimt.
Bezug:
Trotzdem Verlagsgenossenschaft eG, Mainzer Landstrasse 107
60329 Frankfurt
Tel.: 069 23802873
Fax: 069 23802874
info@trotzdem-verlag.de,
www.trotzdem-verlag.de
ISBN 3-931786-40-4,
(12.00 €).

Die Energiefalle

Mit dem fossil-atomaren Energieversorgungssystem hat sich die Menschheit in Ketten gelegt. Sie ist in eine Falle geraten, aus der sie sich nur mit mühsamen Anstrengungen und fester Entschlusskraft befreien kann. Sie ist süchtig nach der schwarzen Droge Öl geworden, anscheinend besessen davon, ihre Lebensgrundlagen zu verbrennen. Gründingers Buch ist der Versuch, eine Ära des kollektiven Irrtums zu erfassen und die gesellschaftlich festgefahrenen Denkblockaden aufzubrechen.

Künftige Generationen, so seine Prognose, werden auf das Erdölzeitalter mit Staunen zurückblicken und es als eine zwar wichtige, aber doch kurze Epoche in der Geschichte der Menschen betrachten.
Das Buch umfasst folgende Kapitel: Die Solare Revolution; Wenn die Quellen versiegen; Es wird wärmer als je zuvor; Nukleare Renaissance? Die fossil-atomare Subventionsorgie; Die Öljunta des George Walker Bush; Der blutige Schacher um die Rohstoffe; Der fossile Imperialismus; Die Zerstörung von Demokratie und Markwirtschaft; Neue Quellen braucht das Land; Kurzvorstellung YOIS.
Der Autor Wolfgang Gründinger gilt als „Anwalt der Jugend" (E. U. von Weizsäcker). Er ist Leiter der Landesumweltkommission der Jusos Bayern, einziger deutscher Delegierter im Internationalen Jugendparlament und Mitbegründer des internationalen Jugendnachhaltigkeitsnetzwerks YOIS. Mit seinem gleichnamigen Buch prägte er den Begriff des „Öko-Realismus".
Bezug:
Verlag C.H. Beck
Wilhelmstr. 9
80801 München
Tel.: 089-38189315
Fax: 089-38189587
E-Mail: presse@beck.de,
www.beck.de
(12,90 €).

Indien – Schule statt Kinderarbeit

In diesem Buch werden Stimmen deutlich, die sich für wirksame Schritte zur Beendigung der Kinderarbeit in Indien einsetzen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass allein in Indien bis zu 100 Millionen Kinder arbeiten müssen. Es gibt ein ganzes Bündel von Gründen für die weit verbreitete Kinderarbeit. Die AutorInnen sehen in einer konsequenten Umsetzung der bestehenden Gesetze sowie im Umbau des indischen Bildungssystems den Schlüssel für eine nachhaltige Reduzierung der Kinderarbeit. Bei Umfragen, ob Kinder in die Schule gehen oder arbeiten sollen, ist die Antwort eindeutig: Gleich in welchem Land, plädieren nahezu 100 Prozent der Befragten für die Schule. Dennoch arbeiten weltweit rund 250 Millionen Kinder, zum großen Teil unter Bedingungen, die laut internationalen Abkommen verboten sind.
In Indien arbeiten derzeit mehr Kinder als in jedem anderen Land. Dabei ist die Rechtslage hier wesentlich eindeutiger, als sie es lange Zeit in Deutschland war: Kinder – so sagt bereits die indische Verfassung von 1950 - gehören mindestens bis zum vierzehnten Lebensjahr in die Schule; Kinderarbeit ist verboten, sobald sie dem Kind zu schaden droht.
Im Mittelpunkt dieser Broschüre steht die Frage, wie der scharfe Kontrast zwischen den Zielen einer Gesellschaft, ihrer Regierung und dem realen Leben von Millionen Kindern zustande kommt. Wie verläuft die soziale Entwicklung Indiens? Wie ist die Rechtslage? In welchen Bereichen und warum arbeiten Kinder? Was kann getan werden, damit die Kinder die Schule besuchen?
Dabei wird auch auf positive Beispiele eingegangen. Mit Kerala gibt es einen indischen Bundesstaat, in dem nahezu alle Kinder zur Schule gehen. Auch Projekte von Nichtregierungsorganisationen belegen, dass eine weitgehende Reduzierung der Kinderarbeit möglich ist, wenn Kinder, Eltern, Lehrer, Beamte und Arbeitgeber dies wollen.
Bezug:
SÜDWIND
Lindenstr. 58-60
53721 Siegburg
Tel.: 02241-53617
Fax: 02241-51308
info@suedwind-institut.de,
http://www.suedwind-institut.de/

Nachhaltig die Zukunft managen. Pioniere in globalen Unternehmen – Porträts und Hintergründe

Wie sieht eigentlich der Arbeitsalltag von Nachhaltigkeitsmanagern in globalen Unternehmen aus? Mit welchen Strategien bewältigen sie ihre widersprüchliche „Sandwitchposition" zwischen hohen externen Erwartungen und oft engen internen Grenzen? Wie überzeugen sie ihre Kolleginnen und Kollegen aus anderen Funktionen und vor allem: Wie schaffen sie es, Nachhaltigkeit als Zielstellung ins Kerngeschäft der Unternehmen zu integrieren? Die Autorin hat Nachhaltigkeitsmanager verschiedener Branchen interviewt – von ABB, BASF, Daimler-Chrysler, Swiss Re, Telekom, Tetra Pack und Unilever - und daraus spannende real life stories gemacht. Neben den Porträts analysiert sie aber auch die konzeptionellen Rahmenbedingungen. Das Buch zeigt, welche Möglichkeiten es gibt, die Anforderungen der Nachhaltigkeit auch in kurzlebigen Zeiten umzusetzen, welche Kompetenzen dafür nötig sind und wie sehr es dabei auf die Überzeugungen und Handlungen Einzelner ankommt. Es richtet sich an alle Managerinnen und Manager, die sich mit Nachhaltigkeit auseinandersetzen sowie an Stakeholder, die an der Entwicklung von Unternehmen interessiert sind.

Bezug:
Haupt-Verlag Bern
Falkenplatz 14
CH-3001 Bern
Tel.: +41-(0)313090909
Fax: +41-(0)313090910
buchhandlung@haupt.ch,
www.haupt.ch,
ISBN 3-258-06918-2
(29 €).

Fleischfabriken boomen – Umweltstandards sinken

Die bestehende Bauplanung großer Ställe mit bis zu 100000 Tierplätzen wird dazu führen, dass Deutschland eine neue Rekordzahl bei der Schweinehaltung erreicht. Und dies trotz der Tatsache, dass rund sechzig Prozent der Landwirte in den letzten zehn Jahren die Schweinehaltung aufgegeben haben. Dieses Ergebnis einer eigenen Untersuchung stellt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in seiner neuen Studie vor. Da in der EU der Bedarf an Schweine- und Geflügelfleisch bereits ausreichend gedeckt ist, sich der Trend zur industrialisierten Tierhaltung jedoch weiter verstärken wird, wird in der Folge der Export deutscher Fleischprodukte in Länder außerhalb der EU zunehmen. Der BUND warnt in diesem Zusammenhang vor einer Absenkung der ohnehin schon geringen Umweltstandards für den Betrieb industrieller Tierhaltungsanlagen, da die riesigen Ställe Probleme bei der Gülleentsorgung haben.

Mit Investitionsbeihilfen und Erleichterungen bei der Genehmigung von Großmastanlagen wird der Trend zur industriellen Tierhaltung gefördert. In diesen Anlagen werden die Tiere nicht artgerecht gehalten. Die Bedingungen in den Fleischfabriken führen außerdem zu einem erhöhten Medikamenteneinsatz. Als Leistungsförderer seien Antibiotika zwar verboten. Für 80 Prozent trifft dies jedoch nicht zu, da sie zu Therapiezwecken eingesetzt werden. Der Nachweis von Antibiotika in Salat und Getreide von Feldern, die mit Schweinegülle gedüngt wurden, sind ein Beleg für die Risiken der industriellen Tierhaltung.
Bezug:
BUND – Bundesgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel.: 030-2758640
Fax: 030-27586440
E-Mail: bund@bund.net,
www.bund.net.

Welche Auswirkungen hat die EU-Zuckermarktreform?

Zu bestellen bei
Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn,
Tel.: 0228/359704, Fax: 0228/92399356,
info@forumue.de,
Einzelexemplare kostenlos
Weitere Publikationen finden Sie unter www.forumue.de